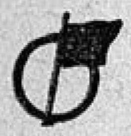
Albert Norden

Braucht man zum Leben Politik?



Dietz Verlag Berlin 1966

Inhalt

Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1966
Printed in the German Democratic Republic
Typographie: Dietz Entwurf · Umschlag: Jürgen Dohr

· Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: (140) Neues Deutschland · 1054 Berlin
ES 6 B 1 · 0,40

Immer wieder trifft man Menschen, die abwinken und sagen: Laß mich bloß mit Politik zufrieden, da kümmre ich mich nicht drum, ich will meine Ruhe haben, Hauptsache, mir geht's gut.

Daß sie ihre Ruhe haben wollen – meinetwegen.

Daß sie sich und ihrer Familie Wohlergehen wünschen – verständlich.

Daß sie deshalb jede Beschäftigung mit der Politik von sich weisen – absolut falsch! Warum? Weil die Ruhe der Menschen, ihr Wohlergehen und ihr Frieden nun einmal von der Politik abhängen.

Was viele Menschen davon abhält, sich mit Politik zu befassen, ist die Vorstellung: Politik bindet, fesselt, verpflichtet, bürdet Sorgen und Lasten auf, macht unfrei und abhängig.

Wie sieht es übrigens mit der Freiheit aus? Es gibt zweierlei Arten von Freiheit, die vermeintliche und die wirkliche. Die vermeintliche Freiheit besteht unter anderem darin, sich einzubilden, man lebe allein auf der Welt und könne deshalb schalten und walten, wie es einem behagt. Nun behagt es aber niemandem, jeden Abend im Dunkeln zu sitzen. Also geht man zum Lichtschalter und knipst das Licht an – und schon gerät man in Abhängigkeit vom Elektrizitätswerk und von den Stromtarifen. Wer in München eine Stunde lang tausend Watt Energie verbraucht, zahlt 16 Pfennig dafür. Wer in Leipzig ebensoviel verbraucht, zahlt die Hälfte. Wer über die Differenz nachdenkt, gerät mitten in die Politik, und zwar über die Preispolitik bis hin

zur Staatspolitik; denn in Westdeutschland sind die Elektrizitätswerke kapitalistischer Besitz, in der DDR dagegen Volkseigentum.

Diese Entdeckung unseres „unpolitischen“ Mitmenschen könnte ihn nun verleiten, auf das elektrische Licht zu verzichten und einen Kienspan in die Wand zu stecken. Doch über kurz oder lang würde er mit den Besitz- und Nutzungsrechten im Wald konfrontiert. Abgesehen davon dürfte er sich schnell seine Augen verderben und müßte den Arzt konsultieren. Das käme ihm im kapitalistischen Teil Deutschlands weitaus teurer zu stehen als im sozialistischen.

Also, was immer ich beginne – die vermeintliche Freiheit und Unabhängigkeit muß sich in den gesellschaftlichen Verflechtungen unserer Zeit als Fiktion erweisen. Wer hartnäckig bleiben wollte, würde nicht etwa bestaunt ob seines Mutes, sondern verlacht ob seiner Dummheit.

Die wirkliche Freiheit dagegen gewinnt der, der diese Zusammenhänge nicht nur respektiert, sondern studiert, um sie zu überschauen und nach seinen eigenen und den allgemeinen Bedürfnissen zu gestalten.

Ich las in der Zeitung von einem Kombinefahrer aus Cahnsdorf im Kreise Luckau. Das war, als Hagel und Platzregen im Hochsommer 1965 den Roggen und Weizen zu Boden warfen. Die Ernte mußte zwischen den Wolkenbrüchen „hereingestohlen“ werden.

Der Mähdrescherfahrer hätte nun sagen können: Um so besser, da brauche ich mich nicht auf dem Acker zu quälen. Er hätte auch sagen können: Nun gut, ich kann es ja probieren, aber wenn ich im nassen Boden steckenbleibe, dann ist Feierabend.

Aber alles das sagte er nicht. Er beriet mit dem Agronomen, wo die Flächen zuerst trocken werden. Er montierte mit seinem Schichtkollegen Zwillingsräder an den Mähdrescher, damit die schwere Maschine nicht versackt. Er ließ an die Kombine eine Vorrichtung zum Anheben des Lagergetreides anbringen. Und er vergewisserte sich auch, daß die Genossenschaft und der Ablieferbetrieb für Trockenfläche gesorgt hatten.

Mit alldem hat der Kombinefahrer, ob ihm das bewußt war oder nicht, Politik gemacht. Gute Politik. Warum?

Verregnet uns eine gute Ernte, so behindert das eine gute Versorgung. Oder: Was auf den Feldern verdirbt, muß mit Mühe und Kosten im Ausland erworben werden. Da man keine Valuta-Mark zweimal ausgeben kann, müßten wir bei anderen Einfuhren kürzer treten. Das wiederum könnte zu Komplikationen bei volkswirtschaftlich wichtigen Vorhaben führen, die uns nicht zum Nutzen gereichen würden.

Damit sind wir wieder mitten in der „großen Politik", obwohl wir doch nur ergründen wollten, was das Ringen des Kombinefahrers um das tägliche Brot so bedeutsam macht. Wenn so vieles in den Begriff Politik einfließt, was ist dann ihr Wesen?

Vielleicht bringt uns ein Blick nach Westdeutschland dem Verständnis der Sache näher.

Was hinter einem Schlager steckt

Die westdeutschen Rundfunk- und Fernsehstationen servieren ihrem Publikum, sooft es geht, einen Schlager. Sein Text beginnt mit der Zeile „Ein bequemer Arbeitnehmer bin ich nicht ..." Wer dem Interpreten bis zum Schluß zuhört, kann und soll glauben, daß die bemitleidenswerten „Arbeitgeber" den Forderungen der „Arbeitnehmer" machtlos ausgeliefert sind und daß es nur an dem einzelnen Arbeiter liegt, sich eine entsprechende Scheibe vom Wohlstandskuchen abzuschneiden.

Ich behaupte nun, das Erscheinen dieses Schlagers und sein Text sind Politik. Ist sie gut – ist sie schlecht?

Fragen wir zunächst einmal so: Gibt es überhaupt eine „gute Politik" und eine „schlechte Politik"? Woran erkennt man sie?

Gut und schlecht sind abstrakte Begriffe. Sie sagen an und für sich nichts aus. Erst wenn sie in ihrer konkreten Wirkung auf die verschiedenen sozialen Schichten untersucht werden, kann man etwas mit ihnen anfangen.

Die imperialistische Politik der kolonialen Unterdrückung ist zum Beispiel vom Standpunkt der Lebensinteressen der betroffenen Völker eine schlechte, ja eine verbrecherische Politik. Vom Standpunkt der Kolonialherren und Neo-

kolonialisten hingegen ist das ein legitimes Geschäft, eine gute Politik. Denn die einen tragen den Schaden davon, indem sie ihre Souveränität verlieren oder in neue ökonomische und politische Abhängigkeit geraten, die anderen jedoch ziehen den Nutzen daraus, indem sie ihren Machtbereich erweitern, neue Rohstoffquellen, Absatzmärkte, billige Arbeitskräfte und strategisch wichtige Stützpunkte erhalten.

Die beiden Weltkriege brachten den Völkern entsetzliche Leiden – den Monopolkapitalisten beider Kriegslager aber Riesengewinne.

Gegenwärtig ist über Westdeutschland eine Bildungskatastrophe hereingebrochen, da die für das Bildungswesen benötigten Milliarden für die Rüstung verschwendet werden. Das begrüßen die Rüstungsgewinnler – und das beklagen alle Erzieher und die Millionenzahl der Eltern, deren Kinder durch das kapitalistische Bildungsmonopol der Reichen benachteiligt sind.

Richtig ist also, in jedem Falle zu fragen: *Wem nützt diese oder jene Politik?* Wenn wir das beharrlich tun und gründlich nach der Antwort forschen, werden wir finden, daß es zwei sehr verschiedene Lager sind, die sich in die unterschiedlichen Antworten „gut" oder „schlecht" teilen. Nehmen wir nur die Politik des Friedens und des Kampfes um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz. Diese Politik ist allen Völkern dieser Erde aus dem Herzen gesprochen, denn alle Völker brauchen den Frieden wie die Luft und das Brot. Sie sagen: Das ist eine gute Politik.

Aber würde sich nun eine Delegation der Völker aufmachen und zum Beispiel Mr. Johnson im Weißen Haus zu Washington klarmachen wollen, daß der amerikanische Krieg in Vietnam barbarische und schlechte Politik ist, dann würden sie sehr bald merken, daß es mächtige Gruppen in den USA gibt, die die Politik des Friedens durchaus nicht gut finden.

Wahrscheinlich würde diese Delegation vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gar nicht erst empfangen werden. Es könnte auch sein, daß einer seiner Angestellten die Abgesandten der Völker im Vorzimmer mit der Erklärung abfertigt: Was wollen Sie? Die Regierung von Südvietnam ... (Zwischenruf: Das ist Washingtons Puppenregime, die USA

regieren in Saigon!) hat uns um Unterstützung gebeten ... Die Bedrohung des Friedens geht von den kommunistischen Rebellen aus ... (Zwischenruf: Hinter denen die ganze Bevölkerung steht). Wir tun dort unsere Pflicht gegenüber einer verbündeten Regierung ... (Zwischenruf: Die von den USA eingesetzt ist und eine Stunde nach dem Abzug der USA-Interventen vom Volk hinweggefegt sein würde). Die USA bringen große Opfer ... (Zwischenruf: An jedem abgeschossenen amerikanischen Bomber verdienen die USA-Flugzeugkonzerne 2½ Millionen Dollar). Außerdem geht es um die Freiheit der westlichen Welt ... (Zwischenruf: Vietnam liegt doch im fernen Südostasien)

Solche Erklärungen (ohne die Zwischenrufe!) werden täglich in den Kommentaren der Westpresse abgegeben. Sie machen es nicht leichter, sich in der Politik zurechtzufinden.

Zweierlei ist diesem Beispiel zu entnehmen.

Zum ersten: Es gibt politische Grundfragen, deren Beantwortung nach „gut“ und „schlecht“ durch die Mehrheit der Menschheit so eindeutig ausfallen, daß damit das Urteil über jene Minderheit fällt, die das Gegenteil meint. Solche Grundfragen unserer Zeit sind der Friedenskampf, die Abrüstung, die weltweite Entspannung und die friedliche Koexistenz.

Zum zweiten: Da jene Minderheiten, die solche Politik schlecht finden, sich nicht offen dazu bekennen können, ohne isoliert und diskreditiert in der Welt dazustehen, suchen sie ihre Ausflucht in der Lüge und Verleumdung. Je schändlicher ihre Absichten und ihre Motive sind, um so aufwendiger propagieren sie das Gegenteil dessen. Wer sich dennoch nicht ins Bockshorn jagen lassen will, muß den Wert oder Unwert einer Politik an den Resultaten für die Völker messen.

Wenden wir uns noch einmal dem eben zitierten Schlager und seinen Begriffen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ zu, die durch Presse, Rundfunk, Film und Buch in die Umgangssprache vieler westdeutscher Bürger, ja sogar Arbeiter, eingegangen sind. Man hört es so, man sagt es so, man denkt sich nichts dabei. Aber solche Begriffe prägen das Bewußtsein auf ihre Weise. Man soll nämlich denken: Die einen geben und verteilen die Arbeit, die anderen nehmen

sie dankbar an und führen sie aus – das ist eine ganz natürliche Arbeitsteilung, bei der jeder sein Päckchen zu tragen hat. Hinzu kommt aber, daß man jemandem, der einem etwas gibt, nämlich die Arbeit, von dem man etwas nehmen, und zwar „Arbeit nehmen darf", nicht die Faust auf die Nase setzt. Wenn also diese Schluckimpfung wirkt, dann, so hofft man, werden die Unternehmer ungestört regieren und ihren Klassenkampf gegen die Arbeiter führen können – aber die Gewerkschaften werden gelähmt sein.

In Wirklichkeit ist es doch so:

Wer etwas gibt, muß etwas haben. Wer Arbeit gibt, muß Produktionsmittel haben, das heißt Maschinen, Fabrikhallen, Material und Werkzeug sowie das Geld zur Entlohnung der Lieferanten und Arbeiter. Wenn das alle Arbeiter hätten und haben könnten, würden nicht 78 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in Westdeutschland ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter und Angestellte verkaufen müssen und nur 5 Prozent der Bevölkerung über das Eigentum verfügen. Wenn alle die gleiche Chance hätten, Reichtum anzuhäufen, würden nicht 2,6 Prozent aller Sparkonten 40 Prozent aller Spareinlagen auf sich vereinigen und andererseits 55 Prozent aller Konten über nur 2,7 Prozent aller Einlagen verfügen und eine erhebliche Zahl von Arbeiterhaushalten gar keine Sparkonten unterhalten.

Die Besitzenden müssen also auf besondere Weise zu ihrem Besitz gekommen sein. Aber wie? Durch Sparsamkeit, Enthaltsamkeit oder ehrgeiziges Rackern?

Die Herren Hitlers und der Bundesrepublik

Man betrachte den Großbankier Abs, Herr der Deutschen Bank und über ein Industrie-Imperium, das sich vom Farbentrust bis zu den Eisen- und Stahlkonzernen erstreckt. Sein Fuß betritt niemals die unter seinem Haupteinfluß stehenden Betriebe. Durch die Arbeit von Millionen und durch seine Plünderung vieler ausländischer Unternehmen im zweiten Weltkrieg stieg er zur Spitze der Gesellschaft auf, gleichgültig ob diese von einem Kanzler mit Schnurrbärtchen oder Zigarre präsentiert wird. Er stand 1945 weit

vorn auf der Kriegsverbrecherliste, er steht gegenwärtig, unermeßlich reich, als graue Eminenz der Bonner Regierung weit vorn an der Spitze der „formierten Gesellschaft“ der Bundesrepublik.

Die westdeutsche Zeitschrift „Der Spiegel“ schreibt am 3. November 1965, daß Abs über Unternehmen herrscht, in denen 1,2 Millionen Beschäftigte tätig sind und die einen Jahresumsatz von 78 Milliarden Mark tätigen. „Abs wirkt im stillen an Entscheidungen mit, die letztlich fast jeden Bundesbürger berühren.“

Nicht ganz so reich, aber auch mit enormer Macht ausgestattet, sind die Krupp und Flick und die Herren der beiden Elektrizitätstrusts. Krupp genügte nicht das, was er vom Großvater und Vater ererbte, eine dem Wert nach zehnstellige Marksumme. Er ließ sich auch noch von der SS Zehntausende ausländische Arbeitssklaven beschaffen, pumpte sie ohne Lohnzahlung aus, brachte sie in erbärmlichen Baracken unter und gewährte ihnen solche Hungerrationen, daß sie zu Tausenden an Entkräftung starben. Dafür steckten sogar die Amerikaner Krupp ins Gefängnis. Aber heute sieht man ihn auf der obersten Sprosse der Bonner Gesellschaftsleiter, Herr über 112 000 Arbeiter, die ihm einen jährlichen Umsatz von mehr als 5 Milliarden Mark garantieren.

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach bedarf nicht einmal dessen, was man die Lobby nennt: Leute, die in den Vorzimmern der Politik, in den Wandelgängen des Bundestages auf Abgeordnete und Minister mit handfesten materiellen Mitteln Einfluß nehmen. Seine Direktoren sitzen direkt in der Bonner Regierung und als CDU-Abgeordnete in der Leitung von Bundestagsausschüssen, die über finanzielle, über Steuer- und andere Fragen entscheiden.

Verfolgen wir die Karriere eines Mächtigen der Weimarer Republik, des Hitlerstaates und der Bundesrepublik, weil sie typisch für die Ära des Monopolkapitalismus ist!

Friedrich Flick wurde am 10. Juli 1883 im Siegerland geboren. Sein Vater hatte Land und Hof, aber auch Wald und ein Geschäft für Grubenholz. Mit 24 Jahren Prokurist in einem Hüttenbetrieb, mit 30 Jahren in den Vorständen von Eisen-, Erz- und Hüttenfirmen, erlebte der junge Flick

seine erste große Glückszeit im Weltkrieg 1914 bis 1918, der täglich Tausende Menschen und Tausende Tonnen Eisen und Stahl fraß. Der junge Mann, körperlich kerngesund, brauchte nicht in den Schützengraben. Er verstand, aus Schrott neue Granaten zu machen. Er verstand so gut, die Ausbeute und Ausbeutung in diesem Betrieb zu erhöhen, daß er 36jährig zu dessen Generaldirektor aufstieg.

Und nun wuchsen diesem Polypen Fangarme. Er brauchte Kohlengruben an der Ruhr. Doch die alteingesessenen Kohlenkönige versperrten ihm das Revier. Da nahm er Kredit und kaufte sich die Aktienmehrheit der Kattowitzer Bergbau AG in Oberschlesien. Zu diesem Betrieb gehörten Stahlwerke in Westfalen. Die verschacherte Flick an die Kohlenkönige und kam so im Tauschgeschäft zu seinen Gruben an der Ruhr. Als nach der Inflation die kleinen und mittleren Betriebe vor dem Ruin standen, kaufte Flick die „Mitteldeutsche Stahlwerke AG“ mit den Hauptwerken in Riesa, Gröditz, Lauchhammer, Brandenburg und Hennigsdorf. Dazu die Waggon- und Maschinenfabrik in Bautzen und die Linke-Hoffmann-Werke in Breslau. Dann jagte er den Röchlings die Maximilianhütte in Bayern ab und besaß damit auch deren Zweigwerk, die Maxhütte in Unterwellenborn.

Dabei dachte er nie an den Erwerb von Betrieben zwecks Leitung der Produktion. Flick ging es meist um den Kauf zum Zwecke des gewinnbringenden Verkaufs. Das war nicht mehr der patriarchalische Unternehmer des frühen 19. Jahrhunderts, der zuweilen selber noch mit Hand anlegte, den Betrieb aus dem Effeff und seine Arbeiter persönlich kannte und mit ihnen sprach. Seine Augen sahen gar nicht mehr die Werke und Gruben, die er kaufte und bei günstigem Börsenkurs weiter verschacherte, um wieder neue zu kaufen. Sein Blick ruhte schon gar nicht auf den Belegschaften, sondern nur noch auf den Börsenwerten seiner Aktien. Er disponierte mit ganzen Wirtschaftszweigen. Was da von wem unter welchen Arbeitsbedingungen produziert wurde, interessierte ihn weit weniger als der Profit, den die Fabrik versprach. Die Betriebe wurden zu Nummern in seinem Tresor und die Arbeiter zu Nummern in den Tabellen seiner Geschäftsführer. Die Börse wurde seine Futterkrippe, der Staat sein bester Kunde und sein diensteifrigster Kommis.

1931/32 führte Flick ein geradezu kriminelles Geschäft durch. Als „seine" Gelsenkirchner Bergwerks-AG in den Strudel der Weltwirtschaftskrise geriet und vor dem Ruin stand, verschacherte er die Aktien unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an die Brüning-Regierung, die ihm das Vierfache des Wertes zahlte. Mit den so betrügerisch gewonnenen 100 Millionen Reichsmark der Steuerzahler sanierte Flick seine Mitteldeutschen Stahlwerke und rangierte nun unter den Montan-Konzernen nach den Vereinigten Stahlwerken und nach Krupp an dritter Stelle.

Jetzt war der Pirat eine wirtschaftliche und politische Großmacht und unterschrieb im November 1932 zusammen mit Krupp, Bosch, den Chefs von IG-Farben, Siemens, der AEG und den Großbankiers einen Brief an den Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg, in dem kategorisch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gefordert wurde. Als das Ziel erreicht war, übergab Flick, der im ersten Weltkrieg gelernt hatte, wie man aus Blut Gold machen kann, der Hitlerregierung bereits im Herbst 1933 eine Denkschrift, in der er die Rüstungskapazität seines Konzerns mit „jährlich einer Million Tonnen Heeresbedarf" anpries. Parallel dazu überwies er als Angehöriger des sehr exklusiven „Freundeskreises des Reichsführers der SS Himmler" an den Sonderfonds der SS einen Zuschuß von 100 000 Reichsmark „für besondere Zwecke".

In diesem „Freundeskreis Himmler" sammelten sich zwei, drei Dutzend Großindustrielle und Bankiers, vor denen Himmler die Angriffspläne Hitlers und die Anforderungen an die Rüstungsindustrie erläuterte. Der „Freundeskreis" hatte Ehrenplätze auf den Nürnberger Parteitagen der Nazis und – was wichtiger war – Vorrang bei der Verteilung der zahlreichen Fabriken und ungezählten Arbeiter aus der faschistischen Kriegsbeute der Himmler und Hitler. Flick überschrieb 5 Prozent der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme seiner Werke auf das Konto der „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft". Seine Geschäftsbücher verzeichnen die höchsten Gewinnquoten für jene Jahre, in denen die grausamsten Vernichtungsschlachten des Hitlerschen Weltgemetzels stattfanden.

Der jährliche Bruttogewinn allein von Flicks Mitteldeut-

sche Stahlwerke-Riesa erhöhte sich von 7,8 Millionen im Jahre 1934 auf 67,7 Millionen Mark 1944. Überall, wo die Naziwehrmacht ihren Stiefel hinsetzte, folgte ihr Flick, um als enger Freund von Himmler und Göring die ausländischen Stahlwerke und Kohlengruben in „Treuhand" zu übernehmen. So hatte der zum Wehrwirtschaftsführer beförderte Großspekulant bis 1944 132 große Betriebe in unmittelbarem Besitz und 275 Unternehmen durch maßgebliche Beteiligungen unter Kontrolle. Sein Jahresgewinn überschritt 200 Millionen Reichsmark. Und das nicht zuletzt deshalb, weil er 40 000 Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter mit Stockhieben, Bettelpfennigen und Wassersuppen für sich schuften ließ.

Etliche hundert Zwangsarbeiter mußten zum Beispiel im Frühjahr 1944 in den unterirdischen Kalischächten bei Bernburg mit Betonierungsarbeiten für die Verlagerung der Kriegsflugzeug-Produktion der Flickschen ATG in Leipzig beginnen. Bei Doppelschichten zu je 12 Stunden in 400 Meter Tiefe siechten 500 Menschen unter grausamen Bedingungen dahin, nur damit Flick seine Kriegsrüstung fortsetzen und Göring seine Bomber kriegen konnte. Der Bauleiter dieses Projektes hieß Heinrich Lübke. Er ist heute Präsident der Bundesrepublik. Im Sommer 1963 verlieh der eine Verbrecher dem anderen Verbrecher das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Den höchsten Orden der Bundesrepublik trägt derselbe Friedrich Flick, den die Naziführer zum Wehrwirtschaftsführer beförderten, jener Friedrich Flick, der in Nürnberg sogar von den Amerikanern zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt werden mußte und der übrigens im Landsberger Kriegsverbrechergefängnis, geschützt von den imperialistischen Besatzern, die Arbeitsbesprechungen mit seiner Konzernleitung abhalten konnte; jener Friedrich Flick, der dank der Fürsprache der Bonner Regierung bereits nach drei Jahren Haft vorzeitig entlassen wurde und der heute bereits wieder über 100 Gesellschaften mit 185 000 Beschäftigten und 8,5 Milliarden Mark Jahresumsatz beherrscht.

Die Förderer und Nutznießer des Hitlerfaschismus sind die Förderer und Nutznießer des Bonner Regimes geworden. Am 9. September 1965 übergab Flick an den Bonner Kriegs-

minister von Hassel den ersten neuen Standardkampfpanzer, Typ „Leopard", von dessen Serienfabrikation Flick sich einen Profit von nicht weniger als 1,6 Milliarden Mark errechnet hat. In Flicks Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar, werden Panzerwannen gebaut. Flicks Daimler-Benz-AG in Stuttgart fertigt Panzermotore, Lastkraftwagen und Motore. Aus Flicks Auto-Union in Ingolstadt strömen die Geländewagen für die Bundeswehr. Flicks Genschow GmbH, Karlsruhe-Durlach, liefert Munition. Flicks Dynamit Nobel AG in Troisdorf fabriziert den Sprengstoff. Flicks Krauss-Maffei-Werke in München bauen den 39-Tonnen-Panzer, der Stück für Stück dem Flick einen so großen Reingewinn abwirft.

Preisfrage: *Wer bestimmt die Schußrichtung?* Das ist wirklich kein Rätsel in jenem Staat, in jener Gesellschaftsordnung, wo das Geschäft zur Politik und die Politik zum Geschäft wurde und das ertragreichste Geschäft nach wie vor die Kriegsrüstung ist. Es sind nicht zuletzt die Großmonopole, die nach Rüstung und Umrüstung schreien, weil jede neu hergestellte Waffe neuen und weit größeren Profit bringt, als zum Beispiel die Produktion von Konsumgütern. Der Öffentlichkeit gegenüber aber begründen die Sprachrohre derselben Monopole die Aufrüstung als notwendige Verteidigungsmaßnahme.

Flick, der gegenwärtig mit als reichster Mann der Bundesrepublik gilt, ist in seiner Räuberei, seiner Profitgier, seiner Menschenverachtung, seiner faschistischen Gesinnung und Praxis kein Ausnahmefall, sondern typisch für die Schicht der wahren Herren zwischen Rhein und Elbe. Die Leichname von Hunderttausenden zu Tode geschundener Zwangsarbeiter bilden die Stufen der Treppe, auf der Hitlers Wehrwirtschaftsführer zu Wehrwirtschaftsführern der Bundesrepublik emporstiegen. Rechtskräftig abgeurteilte Kriegsverbrecher beherrschen die Wirtschaft und damit auch die Politik der Bundesrepublik. Es sind Leute, die ihr Vermögen erbten, auf den Banken verzinsen, an der Börse erspekulieren und durch gewinnreiche Aufträge des Staates, den sie beherrschen, vervielfachen.

Das westdeutsche Wirtschaftsmagazin „Capital" schreibt in Heft 6, Juni 1966:

„375 Milliarden Mark hat die deutsche Industrie im vorigen Jahr umgesetzt, und nur 200 Familien haben mehr als 20 Prozent Anteil: rund 85 Milliarden Mark (wobei sie den Bankier Hermann Josef Abs nicht einschlossen – *d. Verf.)*. In dieser kleinen Umsatz-Oberschicht gibt es wiederum einen exklusiven Klub. Ganze 18 Milliardäre setzen mehr um als die übrigen 182 Familien der Umsatz-High-Society."

Die Haifische des Meeres müssen selber kräftig die Flossen bewegen, bevor ihre Zähne zupacken können. Die Haifische der Gesellschaft Westdeutschlands brauchen sich heute kaum zu bewegen und verschlingen doch alles und rülpsen dann genießerisch über ihr System der „freiheitlichen Demokratie".

Es gibt neben den Alt-Reichen auch die Neu-Reichen, die nach dem zweiten Weltkrieg Hochgekommenen. Einer von ihnen ist Helmut Horten, Eigentümer von 50 Warenhäusern. 23 500 Menschen müssen für ihn arbeiten. Seine Verkäuferinnen verdienen 400 Mark im Monat. Seine Direktoren bringen es auf 400 000 Mark im Jahr. Sein Jahresumsatz: eineinhalb Milliarden Mark.

Wenn Horten sich langweilt, fliegt er mit seinem Privatflugzeug an die Cote d'Azur. Dort gab er im Sommer 1965 die Party des Jahres. Unter seinen Gästen waren Krupp und Prinz von Polignac, Curd Jürgens und die reichsten Kaufleute der EWG-Länder. Zehntausend Rosen und Orchideen schmückten den Garten. Das Starballett des Pariser „Lido" wurde per Flugzeug herangeholt. Zum Abschied gab es Juwelen für die Damen. Das Ganze kostete eine runde Million. Die verbucht Horten als Spesen.

Daß er nicht ärmer wird, dafür sorgen unter anderem die Steuergesetze in Bonn. Daß die Steuergesetze nicht strenger werden, dafür sorgt auch sein Vetter als Bundestagsabgeordneter der FDP, die, ebenso wie die CDU, von Horten und seinesgleichen mit Millionen Mark gespickt wird.

Die Orgien und Monsterbälle der oberen Zehntausend, ihre Sucht, einander an ebenso aufwendigen wie kulturlosen und eher amoralischen Veranstaltungen den Rang abzulaufen, sind charakteristisch für das Gebaren der Herren

Westdeutschlands und für die Periode des absteigenden Imperialismus. Immer waren die Ausschweifungen der herrschenden Ausbeuterklasse Vorboten ihres eigenen Untergangs. Man weiß es aus der Antike und der Abenddämmerung des französischen Feudalismus.

Es ist geradezu eine Einladung zum Satire-Schreiben, wenn Herr Balke (CSU), Atomminister a. D., aber keineswegs außer Diensten als IG-Farben-Vertreter und Präsident der „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände", dem Unternehmerorgan „Industriekurier" erklärt, daß „Eigentumsbildung ohne Konsumverzicht nicht möglich" sei.

Die Moral, aus der Gegenwart vertrieben, flüchtet in die Vergangenheit: Die fatale Geschichte vom fleißigen Botenjungen, der sich einen Konzern zusammengespart hat, wird dem westdeutschen Werktätigen noch immer in vielen, etwas verfeinerten Varianten aufgetischt. Wobei es sich in der Wirklichkeit, wie wir sahen, nicht um erworbenes, sondern um vererbtes Vermögen und bei den Neureichen nicht um Konsumverzichtler, sondern um geschickte Boxer im Konkurrenzkampf und Nutznießer der Nachkriegskonjunktur handelt. Nein, durch Konsumverzicht sind sie nicht groß geworden. Den predigen sie und ihr Kanzler Erhard nur den Werktätigen, während sie selber auch auf diesem Gebiet alles andere als Vorbilder sind. Die westdeutsche Großfinanz mit Luxusvillen in der Schweiz und an den Mittelmeerküsten und mit ihrer Playboy-Herrlichkeit als Beispiel des Maßhaltens – diese Vorstellung ist seltsam und empörend.

Selbst der nun wahrhaftig nicht kommunistenfreundliche Jesuitenpater Professor Dr. Nell-Breuning macht sich Sorgen über die aufreizende Wirkung der aufgequollenen Vermögen der oberen Zehntausend: „Die ganz großen Unternehmereinkommen lassen sich schlechterdings weder auf anständige noch auf anstößige Weise konsumieren, weil sie so einfach nicht kleinzukriegen sind."

Ganz recht, und man verstehe uns recht: So unbesonnen sind die Multimillionäre wiederum nicht, daß sie ihr ganzes Geld zum Fenster hinauswerfen. Das würde sie nur widerwärtig machen. Aber sie sind nicht nur das, sondern vor allem bösartig und gefährlich.

Gewiß verwenden die Millionäre den Profit auch, indem sie ihn verschwenden. Aber der Hauptteil des Gewinns fließt in ihre Unternehmen zur weiteren Ausdehnung der Produktion, *geht in die Rüstung, wird für die neokolonialistische Erweiterung der Sphäre des deutschen Imperialismus und für die Hetze gegen die DDR und alle Staaten des Sozialismus verbraucht.*

In den Trusts geben sich wirtschaftliche Macht und politischer Einfluß die Hand. Und in dieser Umarmung werden alle Sehnsüchte der Staatspolitiker und der Wirtschaftsbosse bestens befriedigt, die Sehnsucht des Volkes aber nach Frieden und Demokratie, nach Sicherheit und sozialem Fortschritt erdrosselt.

Wer gibt und wer nimmt Arbeit?

Das ganze Geheimnis der zunehmenden Macht jener Flick, Thyssen, Krupp, Abs, IG-Farben-Aufsichtsräte und der Neureichen vom Typ Horten besteht darin, daß sie als Quelle ihres Reichtums etwas in die Hände bekamen, was mehr einbringt, als es kostet. *Dieses „Etwas" sind die nichtbesitzenden Werktätigen,* die, wie Marx sagt, bei Strafe ihres Unterganges gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. So kommen die Besitzer der Maschinen und Fabriken, der Gruben, Banken und Warenhäuser zu ihren Arbeitern, Hilfsarbeitern, Vorarbeitern, Angestellten und Geschäftsführern. Mit dem Profit ihres Ausbeutungsgeschäftes kaufen sie neue Maschinen und Werkhallen, neue Rohstoffquellen und Filialen. Sie kaufen auch die Ämter, die ihr Schmarotzerdasein schützen. Und sie kaufen sich auch eine Armee von „Gelehrten" und Meinungsmachern, die dem Volk erklären, daß dies eine gerechte und gottgewollte Ordnung ist.

Nur 40 Prozent des heute in der westdeutschen Industrie wirklich geschaffenen Wertes der Produkte entfallen auf Bruttolöhne und -gehälter, 60 Prozent hingegen auf die Profite der Bourgeoisie. Die Industriearbeiter arbeiten in jeder Stunde nur 24 Minuten für sich und 36 Minuten für die Unternehmer und Monopolherren. Nimmt man nun noch

hinzu, daß sich zwar die gesamte Lohn- und Gehaltssumme in Westdeutschland von 1950 bis 1964 um 360 Prozent erhöhte, aber die von den Monopolen diktierten direkten Lohn- und Gehaltsabzüge um 550 Prozent anstiegen, dann beweist diese doppelte Ausbeutung, daß der Text des eingangs erwähnten Schlagers besser lauten müßte: „Nein, bequeme ‚Arbeitgeber' sind das nicht . . .". Aber dann würde er wohl nicht gesendet werden. Der Auftrag an die Gestalter der öffentlichen Meinung Westdeutschlands geht dahin, die Ideologie der herrschenden Klasse der Monopolkapitalisten auch zur herrschenden Ideologie breitester Teile des Volkes zu machen. Deshalb werden solche bestellten Lieder gesendet. Sie sollen die Legende von der „Sozialpartnerschaft" und der „Chance für jeden" popularisieren. Man hofft, durch die Summe dieser Bemühungen die Ausbeuterherrschaft zu verniedlichen, schmackhaft zu versüßen und so zu verewigen.

Diese Gesellschaft ist ebenso mächtig wie völlig überflüssig und gefährlich. Gefährlich darum, weil sie von anderer Menschen Arbeit lebt. Je mehr Menschen sie ausbeutet, um so höher ist der Gewinn. Daher rührt ihr Drang nach einem größeren Macht- und Ausbeutungsbereich im Innern wie nach außen. Das Monopolkapital ist seinem Wesen nach reaktionär und annexionistisch. Es drängt nach Rüstung, weil sie besonders profitabel und die Voraussetzung für Eroberungen ist, in deren Verlauf man – siehe die Erfahrungen von 1939 bis 1945! – Banken und Betriebe, Bergwerke und Belegschaften für einen Pappenstiel an sich reißt.

Fassen wir zusammen: Man muß der Sinnverwirrung ein Ende bereiten, die sich in den ausgeklügelten Begriffen von „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" widerspiegelt. Die Bank-, Industrie- und Handelsmonopole bereichern sich an der Arbeit des Volkes. Nicht die Großunternehmer geben Arbeit, sondern die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger und die vielen kleinen Zulieferbetriebe verschaffen den Konzernherren riesige Profite. *Wer gibt und wer nimmt?* Das Volk gibt, und die Millionäre nehmen. Niemand ist Nutznießer als sie, die eine gekaufte öffentliche Meinungsmache als Nabel der Welt darstellt.

Aber wer hat denn die Maschinen und Fabrikhallen gebaut? Sie sind doch nicht aus dem Nichts entstanden, sie sind auch nicht von Unternehmern, sondern von Arbeitern errichtet worden. Wo wären denn die „Arbeitgeber“ ohne die „Arbeitnehmer“? Es ist doch klar – und die DDR beweist es täglich neu und täglich wirkungsvoller: Die Arbeiter können ausgezeichnet ohne die Großaktionäre, aber diese können überhaupt nicht ohne die Arbeiter leben. Denn alles, was die Monopolkapitalisten besitzen, setzt sich in erster Linie aus dem unbezahlten Teil der Arbeit zusammen, das heißt aus dem, was die Arbeiter über den Lohn hinaus mehr produzieren, also aus dem Mehrwert.

Für die Monopolherren ist der arbeitende Mensch ein Posten in der Bilanz – im Sozialismus ist die Bilanz ein Posten für die Verbesserung des Menschenlebens.

Wo drüben Politik gemacht wird

Die Erhard-Regierung verabschiedete im Herbst 1965 ein Sparprogramm. Im Bonner Haushalt für 1966 fehlten damals mindestens sieben Milliarden Mark. Die Regierung entschied, wo diese Milliarden herzunehmen seien. Eine Entscheidung, die viele Menschen betrifft, eine hochpolitische Entscheidung. Wer aber gab den Ausschlag?

Lassen wir für einen Augenblick die Frage beiseite, wieso Herr Erhard vor der Bundestagswahl als Leiter des verflossenen Kabinetts jene Summen versprach, die er als sein eigener Nachfolger wieder wegnimmt. Ohne Zweifel sind diese Milliarden in Westdeutschland zu finden. Die Dividenden stiegen 1965 wieder, so belehrt uns die Statistik. Sie betrugen 1965 beispielsweise in der Badischen Anilin- und Sodafabrik 20 Prozent, bei den gleichsfalls zur IG-Farben zählenden Farbwerken Bayer 13 Prozent und bei den Farbwerken Höchst ebenfalls 20 Prozent. Die Dividendensumme der drei IG-Farben-Gesellschaften erhöhte sich von 478 Millionen Mark im Jahre 1964 auf 556 Millionen Mark im Jahre 1965 oder um mehr als 16 Prozent.

556 Millionen für nichts als den Besitztitel – eine halbe Milliarde, für die kein Handschlag getan wurde.

Die Dividende ist nur ein Teil des Profits. Insgesamt betrugen die Reingewinne der 50 größten Aktiengesellschaften 1964 über 6,9 Milliarden und erreichten so ungefähr die Summe, für die im Staatshaushalt Deckung gesucht wurde.

Bei wem also sparen? Woher das Geld nehmen? Der gesunde Menschenverstand weist dem Antwortsuchenden die Richtung. Daß die Bonner Regierung die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen hat, ist bekannt. Man könnte entgegnen: Bitte kein Neid! Die einen verdienen eben mehr als die anderen.

Aber es geht ja nicht um Gleichmacherei, es geht schlechthin um Entscheidendes: einmal um die Infamie, die darin besteht, daß Nichtstuer gewaltige Milliardensummen einstecken, die vom Volk erarbeitet wurden, was allen Geboten der Moral und sozialen Gerechtigkeit Hohn spricht.

Zum anderen aber, und dies ist das Schwerwiegendste, halten diese Multimillionäre die ganze Staatsmacht in ihren Händen und verwandeln damit die Bundesrepublik in ein Zerrbild der Demokratie. Sie diktieren die Innen- und Außenpolitik, den kalten Krieg und die horrenden Summen, mit denen das Volk die Rüstung zu bezahlen hat, an der eben diese Mächtigen verdienen, verdienen und nochmals verdienen. Und vergessen wir es nie: es sind dieselben Machthaber, die in den Kriegen dieses Jahrhunderts am Leiden und Sterben des Volkes reich wurden.

Die Unternehmerverbände der Bundesrepublik unterhalten in Westdeutschland 5000 Büros mit 30 000 Menschen. Wozu so viele Büros und so viele Angestellte? Um die speziellen Berufsinteressen einer vergleichsweise winzigen Bevölkerungsgruppe zu vertreten? Das paßt wohl nicht zusammen. Die Antwort ist einfach. *Hier wird die Politik gemacht.* Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat in seinem Apparat eine Abteilungsstruktur, in der die meisten Ressorts der Regierung noch einmal auftauchen. Da fehlt weder die Außenpolitik noch die Rüstung. In seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1963/64 weist der BDI nach, daß er der Regierung insgesamt 154 Vorschläge und Gutachten unterbreitet habe, die wiederum die ganze Spanne der staatspolitischen Thematik umfassen.

Wir sind zu den Quellen der politischen Entscheidung

vorgedrungen und dabei auf die Kanäle der Macht gestoßen.

In den Büros der Unternehmerverbände haben die volksfeindlichen Sparprogramme das Licht der Welt erblickt. Von hier aus wird das Land regiert. Diese Unternehmerverbände haben ein paar Tausend Mitglieder. Das Steuer liegt in der Hand der ganz Großen. 25 große westdeutsche Konzerne vereinigen auf sich etwa 40 Prozent des Umsatzes der ganzen westdeutschen Industrie. Sie regieren die Wirtschaft; sie beherrschen die Unternehmerverbände und mit ihrer Hilfe den Staat. An der Spitze thronen kaum hundert Menschen.

Das Leben der Mütter, die Bildung der Jugend, die Sorgen der Wohnungsuchenden, Sehnsüchte, Wünsche und Rechte einer über 50 Millionen zählenden klugen und fleißigen Bevölkerung – das alles zählt und wiegt nichts im Vergleich mit dem Willen der hundert Oligarchen über zwei Dutzend Konzerne, die alle Entscheidungen in Westdeutschlands Kardinalfragen treffen und deren Richtschnur dabei ihre eigene Macht und Geldgier ist.

Im Jahre 1911 trieben die Erz-Interessen der Konzernherren Mannesmann das damalige Deutsche Reich in die zweite Marokkokrise, bis dicht an den Rand des ersten Weltkrieges. Damals war der Mechanismus der Macht durchsichtiger. Die Montanindustrie drängte, und der Kaiser schickte ein Kriegsschiff nach Agadir.

Die Zeiten haben sich gewandelt. Die Regie ist nicht mehr so vordergründig, sondern gerissener und getarnter. Mit Hilfe der Verbände wird aus den Kulissen heraus die Regierungspolitik bis in die Einzelheiten hinein diktiert. Die Regisseure bleiben oft im Dunkeln. Doch es sind die alten geblieben.

Angesichts der verhängnisvollen Machtkonzentration in den Händen der ehemaligen Wehrwirtschaftsführer und einiger Neureicher werden immer größere Teile der westdeutschen Arbeiterklasse hellhörig und mißtrauisch.

Im Grundsatzprogramm des westdeutschen Gewerkschaftsbundes von 1963 war bereits die Bilanz der Nachkriegszeit gezogen: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung der alten Besitz- und Macht-

verhältnisse geführt ..." Im Herbst 1965 erhoben die Mehrzahl der großen Industriegewerkschaften ihre Stimme gegen die Allmacht der Monopole. Die größte Einzelgewerkschaft der Welt, die westdeutsche IG Metall, bekräftigte auf ihrem 8. Gewerkschaftstag im September 1965 die Forderung nach demokratischer Mitbestimmung der Arbeiter in Wirtschaft und Staat, um den Machtmißbrauch der Monopole zu verhindern. Das Unternehmerorgan „Industriekurier" verstand sofort, was die Glocke geschlagen hatte, und schrieb am 7. Oktober 1965, das sei der „Startschuß für die härteste Auseinandersetzung ... seit Gründung dieses Staates". Zugleich wurde Erhard aufgefordert, die Gewerkschaften an die Notstandskette zu legen.

Tatsächlich dürfen sich in keinem Großbetrieb Westdeutschlands die Betriebsräte heutzutage mit politischen Fragen befassen oder Versammlungen über noch so wichtige politische Probleme abhalten. Denn die Milliardäre sind strikt dagegen, daß vom Volk Politik betrieben wird. Darum führen sie auch einen so hartnäckigen Kampf gegen die Mitbestimmung des Volkes im entscheidenden Sektor der menschlichen Gesellschaft, in der Wirtschaft.

Der Vorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg, formulierte im Oktober 1965 die Erkenntnisse der westdeutschen Gewerkschaften: „Gerade im täglichen Leben, gerade im Betrieb und all jenen Funktionen, die unseren Lebensablauf vor allem und ständig bestimmen, muß die aktive Mitwirkung aller sich nicht nur im Tun, sondern auch im Planen und Bestimmen darstellen ... Die Mitbestimmung bedeutet das Ende des Herr-im-Hause-Standpunktes der Unternehmer und das Ende der unumschränkten Diktatur einer Gruppe ... Wir haben aus Erfahrung gelernt, daß solche Konzentration wirtschaftlicher Macht unabwendbar auch politische Macht beinhaltet. Wer da die Meinung vertreten sollte, daß es solcher Kontrollen nicht bedarf, da der politische Mißbrauch nicht bestehe, hat offensichtlich vergessen, was wir in unserer jüngsten Vergangenheit erlebt haben."

Und was lehrt die jüngste Vergangenheit?

Zweimal zogen die Heere des deutschen Imperialismus auf genau jenen Straßen in den Raubkrieg, die in den Vor-

standszimmern der Konzerne als Wege zu den Rohstoffquellen und Absatzmärkten der Monopole und zu ihrer Herrschaft über die Erde vorgezeichnet waren. Immer hat es damit begonnen, die wirtschaftliche und politische Aktivität der Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse einzuschränken, sie zu diffamieren, dann zu schikanieren und schließlich zu liquidieren.

Und die Lehre der letzten Jahrzehnte ist die: Wo die Demokratie wie in Westdeutschland vor den Werktoren aufhört, *gibt es keine Demokratie.* Da herrscht die Diktatur des Finanzkapitals, dessen Macht auch Kriege hervorruft.

Wir haben gesehen, wie Mächtige mächtiger wurden. Wir haben erlebt, wie im Schoße solcher Macht Kriege geboren werden. Gewiß, die Stahlbetriebe fabrizieren nicht nur Granaten, sie liefern auch Material für Kochtöpfe und Bratpfannen. Aber eine Granate bringt vielfachen Gewinn. Und da ein Kochtopf an die zehn Jahre seine Dienste tut und an seinem Verbraucher nicht eher wieder verdient werden kann, aber eine Granate, wenn Krieg ist, in einer zehntel Sekunde zerbirst und die Generale sofort nach Nachschub schreien, da ist für jene, die die Macht haben, Kochtöpfe oder Granaten zu produzieren, die Produktion von Granaten tausendmal lockender und lohnender. Autos bringen viel Profit, Panzer bringen noch viel mehr.

Wer also will, daß Frieden ist und bleibt, der muß die Rüstungsmonopole entmachten, der muß verhindern, daß eine Handvoll Multimillionäre die Politiker stellen, die erst dem eigenen Volk und dann den Nachbarvölkern den Fuß auf die Kehle setzen.

Von Aristoteles zum Bonner Staatslexikon

Ein simpler Schlager hat uns tief in die Politik hineingeführt. Eigentlich wollten wir nur ergründen, was das ist: Politik. Aber nun wird es uns vielleicht leichter fallen, die verschiedenen Erklärungen für diesen Begriff richtig zu werten. Die Definitionen der bürgerlichen Theoretiker laufen nämlich meist darauf hinaus, Politik als etwas Unpolitisches, eher Artistisches zu deuten.

Wenn wir zum Beispiel das westdeutsche „Staatslexikon" aus dem Verlag Herder in Freiburg, Jahrgang 1961, Band 6, aufschlagen, dann finden wir dort folgende Erklärung: „Unter Politik verstehen wir den Inbegriff der Kunst, die Führung menschlicher Gruppen zu ordnen und zu vollziehen."

Das hört sich recht friedfertig und vertrauenerweckend an. Ähnlich hat dieses Lexikon schon vor einem halben Jahrhundert in seiner Ausgabe von 1911 den Begriff erläutert: „Politik im Sinn von Staatskunst oder Staatsklugheit ist die richtige Wahl der Mittel, durch welche jeweilig die Zwecke eines Staatswesens am besten realisiert werden."

Aber da bleiben doch einige Fragen offen: *Wessen Staatskunst? Welche Mittel? Zu wessen Bestem?*

Wollte man sich mit der obigen Definition zufriedengeben, dann wäre Politik ein allgemein menschliches Verhalten im Dienste der Wohlfahrt des Staates und seiner Bürger. Politik wäre damit so etwas wie der Sommerregen oder die Straßenbeleuchtung oder das Steuerrad an einem Auto – ein „Ding an sich", neutral und klassenindifferent.

Das lag aber nicht im Sinne des Erfinders. Der „Erfinder", wenn ich ihn mal so nennen darf, des Begriffes „Politik" war der griechische Gelehrte Aristoteles (384 bis 322 v. u. Z.). Er untersuchte alle Staatsverfassungen der Antike und konstruierte daraus die Idealverfassung eines Sklavenhalterstaates. Diese unterbreitete er in seiner Schrift „Politika" der herrschenden Klasse seiner Zeit. „Polis" hieß die Stadt im damaligen Griechenland. Man hatte es mit Stadtstaaten zu tun.

Die Bürger dieser Städte waren die „Polites". Darunter verstand man jedoch nur die „freien Bürger" und nicht die Sklaven, die absolut rechtlos waren. In der Blütezeit des antiken Athens kamen auf jeden „freien" Mann mehrere Sklaven. Die Besitzer der Werkstätten in Theben, Argos und Athen hielten sich 50 und 100 Sklaven. Und die Besitzer der Silberbergwerke ließen Tausende für sich arbeiten. Das war möglich, weil nach dem griechischen Gesetz der Sklave ein „lebendes Werkzeug" war, das dem Hausherrn gehörte und von ihm beschäftigt, bestraft und auch getötet werden konnte. Platon, ein führender Philosoph dieser Zeit, schied die Menschen in Freie, welche Urteilsfähig-

keit besitzen, und Sklaven, die die Befehle ihrer Herren auszuführen haben.

Die ganze „Sklavenhalter-Demokratie" bestand nun nach Aristoteles darin, daß sich im Unterschied zur Einzelherrschaft des Mannes im Hause an der Herrschaft im Staate alle „freien" Bürger beteiligen sollten. Die Unterdrückung der Frauen und Sklaven rechtfertigte Aristoteles mit der Ansicht, Sklaven seien von Natur aus Barbaren, und Frauen taugten nicht zum Regieren.[1]

Es wird deutlich, daß schon in der antiken Wissenschaft von der Staatsführung, wie sie in den Schriften von Aristoteles und Platon überliefert wurde, unter Politik das Führen der Staatsgeschäfte *für* und *gegen etwas* verstanden wurde. Das konnte auch gar nicht anders sein, denn die Sklavenhaltergesellschaft war doch die erste Sprosse auf der Stufenleiter der Ausbeuterordnungen, die heute in der Herrschaft des Imperialismus ihren Höhe- und Endpunkt finden. Die unversöhnlichen Klassenkämpfe, wie sie damals zwischen den Sklavenhaltern und den Sklaven, wie sie später zwischen dem Feudaladel und den Leibeigenen ausgefochten wurden und wie sie heute noch in vielen Ländern zwischen Bourgeoisie und Proletariat fortgesetzt werden – in diesen Klassenkämpfen offenbart sich das Wesen der Politik.

Wer das erkennt, der wird dann auch begreifen, daß von der ersten Ausbeuterordnung – der Sklaverei – bis zur letzten Ausbeuterordnung – dem imperialistischen Kapitalismus – sich das gesellschaftliche Leben nach *einem* Grundprinzip vollzieht: der Herrschaft einer Minderheit von Ausbeutern über die Mehrheit des schaffenden Volkes. Freilich haben sich im Verlaufe der Jahrtausende die Formen der Ausbeuterherrschaft gewandelt. Die Zahl der Ausbeuter,

1. Letztere Auffassung scheint selbst unter den modernen kapitalistischen Verhältnissen in Westdeutschland noch nicht ausgestorben zu sein. Im Bundestag fanden nur 38 Frauen Platz. In der Volkskammer der DDR haben 137 Frauen Sitz und Stimme. Und vom gleichen Lohn für gleiche Arbeit sind sie in der Bundesrepublik ebenfalls weit entfernt, was den Kapitalisten 8 Milliarden Mark jährlich allein durch die Unterbezahlung der Arbeiterinnen einbringt.

denen die Masse des Volkes in Abhängigkeit und Unterdrückung unterworfen ist, wurde in den letzten 150 Jahren immer geringer. Was ist der antike Sklavenhalter mit höchstens 2000 Entrechteten in den Bergwerken gegen die Chemiekönige der IG-Farben, die mehr als dreihunderttausend Arbeiter und Angestellte ausbeuten. Und wieviel größer ist deren politische Macht, wenn sie sich auf solchen ökonomischen Reichtum stützt!

Aber wieviel mehr müssen auch die heutigen Imperialisten an Macht und Geld und Propaganda und Intrigen aufwenden, um diesen sich zuspitzenden Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung aller Produkte zu übertönen und wegzulügen!

Wie die Politiker des Kapitals ihren Auftrag auffassen, beschreibt der westdeutsche Publizist Eschenburg in seinem Buch „Der Sold des Politikers“, das 1959 in Stuttgart erschien: „Amerika ist das Land mit den höchsten Diäten, nicht nur heute, sondern ist es immer gewesen. Für die amerikanische Innenpolitik galt in beträchtlichem Maße das böse Wort Spenglers: ‚Die Politik ist die Fortsetzung des Privatgeschäfts mit anderen Mitteln.‘ “

Wenn das Wesen der imperialistischen Politik darin besteht, die Herrschaft der kleinen Millionärsschicht über die erdrückende Volksmehrheit aufrechtzuerhalten, so wird diese Klassendiktatur dem Volk gegenüber verbrämt und verschleiert, als gottgewollt, schicksalhaft und unabänderlich, ja neuerdings als „formierte Gesellschaft“ ausgegeben. „Ich will nicht höher ’rauf“, singt der „Arbeitnehmer“ in dem genannten Schlager. Und hier liegt des Pudels Kern. „Oben“ sollen die Milliardäre und Millionäre, unten die „Arbeitnehmer“ bleiben. „Keine Sprosse höher!“ befiehlt das Monopolkapital den Lohn- und Gehaltsempfängern. Alle Macht den Reichen, das ist die Quintessenz eines „unpolitischen“ Schlagers. Nur eine uniformierte Gesellschaft fällt auf diesen Schwindel herein, den die kapitalistischen Politiker verbreiten.

Erst und allein die Arbeiterklasse treibt durch ihre marxistische Partei eine Politik, deren Ziel nicht die Verewigung, sondern die Abschaffung der Klassenherrschaft ist. So steht bereits im „Kommunistischen Manifest" von 1848:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates ... zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren ... An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."[2]

Wir sehen also, wie sehr sich Politik und Politik unterscheiden können. Wir begreifen, wie wichtig es ist, zu fragen: *Wessen* Politik wird zu *wessen* Nutzen betrieben? Und wir haben auch gesehen, daß es zwischen den verschiedenen Definitionen für Politik beträchtliche Unterschiede gibt. Die Unterschiede sind so groß wie der Wesensinhalt jener Staaten, in denen die Lexika erscheinen, oder so groß wie die weltanschaulichen Unterschiede zwischen den jeweiligen Herausgebern. Und es ist bereits eine Widerspiegelung der Klassenpolitik, wenn im alten Brockhaus-Lexikon erklärt wird, daß Politik „seit der Renaissance als eine Kunst angesehen wird, die auf einer ursprünglichen Begabung für politisches Denken beruht".

Wer das liest und für bare Münze nimmt, der läßt meist die Finger davon, der fühlt sich überfordert; denn es werden ja nur wenige eine „ursprüngliche Begabung" zum Mitregieren in sich entdecken. Das aber gereicht dann jenen zum politischen Vorteil, *die gegenüber dem Volk die Mystifizierung der Politik betreiben*, um ihre politische Herrschaft gegen die Volksinteressen möglichst ungestört ausüben zu können.

Als noch die Nacht des Faschismus über Deutschland lag,

2. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 66 u. 68.

schrieb Bertolt Brecht sein „Lob des Lernens“, in dem es heißt: „Lerne, Mann im Asyl! Lerne, Mann im Gefängnis! Lerne, Frau in der Küche! Lerne, Sechzigjährige! Du mußt die Führung übernehmen.“

Die Staaten der Volksdemokratien und des Sozialismus handeln getreu der Leninschen Devise: „Unser Ziel ist die *ausnahmslose* Heranziehung der ... *Bevölkerung* zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung, und alle Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels – je mannigfaltiger sie sind, desto besser – müssen sorgfältig registriert, ... durch größere Erfahrungen erprobt und gesetzlich verankert werden.“[3]

Halten wir erst einmal fest: Die Ausbeutergesellschaften interpretieren und praktizieren die Politik als eine Kunst und Berufung für eine privilegierte Gruppe von Menschen.

Die Staaten, in denen die Volksmacht gesiegt hat, praktizierten in Theorie und verwirklichten in der Praxis die breiteste Teilnahme der werktätigen Bevölkerung bei der Gestaltung der Politik. Sie deklarieren das als ein Grundrecht und schaffen auch die vielfältigsten gesetzlichen, materiellen und geistigen Voraussetzungen dafür, daß Millionen sachkundig an der Leitung von Staat und Wirtschaft teilnehmen können.

Im Potsdamer Abkommen der Großmächte vom August 1945 steht geschrieben, daß die monopolkapitalistischen Vereinigungen in ganz Deutschland zu liquidieren sind. Diese Festlegung entsprach vollauf den Erfahrungen und Interessen des deutschen Volkes. Schon 1848 schrieb Friedrich Engels: „Soll Deutschlands Blut und Geld nicht länger gegen seinen eigenen Vorteil zur Unterdrückung anderer Nationalitäten vergeudet werden, so müssen wir eine wirkliche Volksregierung erringen, das alte Gebäude muß bis auf seine Grundmauern weggeräumt werden.“[4] Das war Inhalt und Ziel von 120 Jahren Kampf der deutschen Arbeiterklasse. Und so gingen bei uns auf dem Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone Kommunisten und Sozialdemokraten, bürgerliche Demokraten und junge Wider-

3. W. I. Lenin: Werke, Bd. 27, S. 264.
4. Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 5, S. 155.

standskämpfer, Christen und Atheisten, alle, die unter Krieg und Faschismus gelitten haben, daran, ein neues Deutschland aufzubauen. Mit der Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten legten wir die Axt an die Wurzel.

Flick verlor 75 Prozent seines damaligen Besitzes, nämlich alles, was er in der heutigen DDR besaß. Die ehemaligen Leuna-Herren der IG-Farben, die Abs, Krupp und Flick, die Werhahn, Adenauer und Quandt können nicht verwinden, daß in unserem Teil Deutschlands kein Platz mehr für Ausbeuter ihres Schlages ist, daß nicht nur ihre ökonomische Macht um die hiesigen Besitzungen reduziert wurde, sondern daß durch das Beispiel unseres demokratischen Neuaufbaus in Wirtschaft und Staat auch ihre politische Macht in Westdeutschland mehr und mehr bedrängt wird. Das wissen sie – wie es ihnen ebenso klar sein dürfte, daß es für sie kein Zurück in unser sozialistisches Land gibt. Da es aber diesen Kreisen offenbar schwerfällt, die neu entstandene Situation nüchtern einzuschätzen, klammern sie sich an Illusionen und Pläne, wie in der DDR die Herrschaft des Rüstungskapitals wieder errichtet werden könnte. In dem Grauen Plan des offiziellen westdeutschen „Forschungsbeirates“ dekretieren sie, daß die Betriebe, Werften und Gruben in Konzernbesitz übergehen, das Land der Genossenschaftsbauern von den Junkern gestohlen wird, Unternehmerverbände wieder errichtet und die Gewerkschaften zerschlagen werden. Wie die Grüne Mappe mit den Plänen für die Ausraubung der Sowjetunion Bestandteil der militärischen Planung Hitlers und Görings war, so ist der Graue Plan integrierender Teil der militärischen Vorbereitungen der herrschenden Kreise in Bonn. Aus demselben Geist und denselben Köpfen geboren, sind alle diese dunklen Machenschaften heute endgültig und unwiderruflich zum Scheitern verurteilt.

Uns ging es bei der demokratischen Umgestaltung nach 1945 aber nicht allein darum, Krieg und Faschismus mit der Wurzel auszurotten. Es ging auch nicht nur darum, historisch längst überfällige bürgerlich-demokratische Reformen einzuführen. Es ging vor allem auch darum, den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise zu lösen, in der die immer differenziertere Arbeitsteilung zu

einer immer größeren gegenseitigen Abhängigkeit der Menschen führt und dennoch auf Grund der privatkapitalistischen Aneignung der Produkte alle Macht über das Wohl und Wehe der Menschen in den Händen einer immer kleineren Gruppe von Monopolherren liegt. Und so wie das kapitalistische Eigentum *trennend* zwischen dem Arbeiter und dem Produkt seiner Arbeit, zwischen der Belegschaft und dem Betrieb, zwischen dem schaffenden Volk und denen, die die Politik des Staates bestimmen, stand und steht, so *bindet und verbindet* das sozialistische Eigentum die Werktätigen untereinander, verbindet sie in ihrer Stellung zum Betrieb als auch zum Staat. Das ist der Boden, auf dem bei uns die politisch-moralische Einheit der Bevölkerung gewachsen ist, so daß Macht und Volk identisch wurden. Und das ist auch die Erklärung dafür, warum bei uns das Volk so wirksam Inhalt und Methoden der Politik bestimmt.

An dieser Stelle wird offenbar, daß es nicht nur zwei Staaten, sondern zwei Welten sind, die sich in Deutschland gegenüberstehen: In Westdeutschland erleben wir einerseits die Anhäufung einer nie dagewesenen Machtfülle in wenigen Händen und das Bestreben des Monopolkapitalismus, getarnt mit der Theorie der „formierten Gesellschaft", diese Macht weiter auszubauen und sie uneingeschränkt zur Durchsetzung ihrer reaktionären Politik gegen die Arbeiter, die Angestellten, gegen die Gewerkschaften einzusetzen; andererseits den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse um das Mitbestimmungsrecht, damit die Macht der Monopole eingeschränkt und zurückgedrängt wird, damit sich auch dort die Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts durchsetzen kann.

In der DDR hat das ganze werktätige Volk die Macht in Staat und Wirtschaft errungen und die Aufgabe gelöst, über die Lenin im dritten Jahr nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution schrieb: „In der Vorstellung der bürgerlichen Weltanschauung war die Politik gleichsam von der Ökonomie getrennt. Die Bourgeoisie erklärte: Bauern, arbeitet, damit ihr euer Leben fristen könnt, Arbeiter, arbeitet, damit ihr auf dem Markt alles zum Leben Notwendige kaufen könnt. Die Wirtschaftspolitik aber ist Sache eurer Herren. Dem ist gar nicht so. Die Politik muß Sache

des Volkes, Sache des Proletariats sein."[5] Lenins Postulat hat die DDR verwirklicht und damit die Politik zu einer allmenschlichen, alle Menschen ergreifenden und sie für das Gute aktivierenden Sache gemacht.

Namen, Vorhaben und Leistungen vieler Werke, unzähliger Kollektive zeugen davon, füllen die Spalten unserer Zeitungen, werden auf Tonband und Filmstreifen festgehalten. Einige seien herausgegriffen, gleichsam stellvertretend für all die anderen.

Rendezvous im Ausland

Es ist noch gar nicht so lange her, da reiste ein Ingenieur aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld (EKB) zu einem Kongreß in das kapitalistische Ausland. Schon 1963 führte der Weg dieses Mannes zu einem ähnlichen Kongreß. Damals stellte sich ihm in einer Konferenzpause ein französischer Ingenieur vor, der im Gespräch seinen Partner wissen ließ, daß die Bitterfelder Werke mit ihrer Aluminiumproduktion international nicht mitreden könnten. Hinter dieser Feststellung standen beeindruckende Tatsachen. Frankreich liegt im Energieverbrauch pro Tonne Aluminium bei 15 000 bis 16 000 Kilowattstunden; EKB bei 20 000. Die französischen Betriebe verbrauchen weniger Tonerde als das Werk in Bitterfeld und so weiter und so fort. Die Konkurrenz war also weiter. Wie haben sie das geschafft? Vielleicht eine neue Aluhütte gebaut? Als der Bitterfelder Fachmann erfuhr, daß die französischen Aluminiumleute ihren alten Betrieb rationalisiert haben und deshalb so gut im Rennen liegen, schien das für ihn kaum glaubhaft.

Kein Zweifel, wir stellen gutes Aluminium her. Doch das ist eben noch kein Weltniveau. Das französische ist billiger, dort wird ökonomischer produziert. Maßstab der Arbeit ist nicht der bisher erreichte Stand, gemessen wird an den Betrieben und Produkten, die die besten Erzeugnisse am billigsten herstellen.

5. W. I. Lenin: Werke, Bd. 31, S. 365.

Das Aluminiumwerk des EKB ist einer der ältesten Hüttenbetriebe Deutschlands. Aus ihm läßt sich nichts mehr herausholen, war die Meinung der einen; gebt uns 40 Millionen Mark, und wir bauen euch einen Betrieb, der sich sehen lassen kann, die der anderen. Die Aussicht war verlockend: Neuer Betrieb, moderne Hallen, prima Öfen – wer hätte das nicht gern? Aber für 40 Millionen? Könnte man nicht für etwa ein Drittel des Geldes das gleiche – vielleicht sogar ein noch besseres Ergebnis erzielen? So reifte der Gedanke, den Betrieb komplex zu rationalisieren. Die schwere Handarbeit wurde mechanisiert. Das erste Ergebnis: Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 28 Prozent und 164 frei werdende Arbeitskräfte, die an anderer Stelle dringend gebraucht wurden.

Waren die Aluwerker früher Anhängsel der Maschinen, mußten sie flitzen und schuften, wenn ein Ofen „Blinkzeichen" gab, so bekamen sie nach der Rekonstruktion diese Öfen immer mehr in ihre Gewalt. Die moderne Technik eroberte sich ihren Platz im Aluwerk – die Aluwerker eroberten sich diese neue Technik.

13 Millionen Mark Kredit beginnen sich auszuzahlen: Die Aluminiumproduktion erhöhte sich 1965 um 5000 Tonnen. Nach Beendigung der Rationalisierung werden es jährlich 10 000 Tonnen mehr sein, die die Bitterfelder Hütten verlassen. Nicht mehr in acht, sondern nur noch in sechs Produktionshallen wird diese hohe Produktion erreicht. Und der Stromverbrauch pro Tonne Aluminium rückt schon jetzt an den französischen Weltstand heran.

Der gleiche Ingenieur traf kürzlich seinen französischen Bekannten wieder. Diesmal weniger grübelnd, dafür um so stolzer, weil die Aluminiumwerker das internationale Prestigekonto für das Elektrochemische Kombinat und damit für die DDR aufstockten.

Ist diese Episode nur festgehalten, weil sie von wirtschaftlichen Erfolgen spricht, oder nicht vielmehr auch deshalb, weil sie deutlich werden läßt, wie ein Ingenieur aus Bitterfeld in seinen technisch-ökonomischen Überlegungen überraschend mit den politischen Auswirkungen seiner Arbeit konfrontiert wird?

„Ist Unrast vom Übel"? fragten Rundfunkreporter einige

Arbeiter, Meister und Ingenieure in Wismar. Der Anlaß dazu?

Wissenschaftler haben berechnet, daß sich in unserer Zeit das menschliche Wissen in verhältnismäßig kurzen Abständen, etwa in 10 bis 15 Jahren, verdoppelt. Neue Erkenntnisse, neue Leistungen revolutionieren Forschung, Lehre und Praxis. Für die Wirtschaft – in diesem Fall bei dem Industriezweig Schiffbau – bedeutet das: Übergang von Dampfschiffen zu Dieselmotorenschiffen, Übergang zu größeren, schnelleren, zu automatisierten Schiffen.

Dieser Industriezweig hat an Neuentwicklungen einen Erzeugnisanteil von 30 Prozent jährlich. Das heißt, daß in etwas mehr als drei Jahren die Produktion, bedingt durch die technische Revolution, völlig erneuert werden muß. Eine Konsequenz: Spezialisierung aller Werften und Zulieferbetriebe auf ein bestimmtes Programm, rationelle Fertigung, um sich schnell den neuesten Erkenntnissen anzupassen und Erzeugnisse von Weltniveau hervorzubringen.

Spezialisierung bringt Umstellungen mit sich, braucht die Überlegungen und Vorschläge eines ganzen Kollektivs, erfordert Umschulung auf einen neuen, einen zweiten Beruf. Auf annähernd 500 Kollegen des VEB Alubau Wismar traf das zu. Mit jedem einzelnen wurde gesprochen, mit jedem bis zum erzielten Einverständnis über seinen künftigen Einsatz beraten. Ein neues Arbeitsfeld lag vor ihnen: interessant, mit höheren geistigen Ansprüchen, mit großen Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, aber auch verbunden mit anstrengendem Lernen, mit Schichtarbeit, mit technischem Neuland, mit größerer moralischer Verantwortung. Schlosser, bisher gewohnt, nur mit Blechen zu hantieren, mußten sich auf große Aggregate einstellen, auf Maschinen, die einen Wert bis zu einer Million Mark haben.

Hat die Unruhe im Betrieb sich lähmend ausgewirkt, oder schlug sie um in schöpferisches Drängen, in Freude am gelungenen Werk, in nachweisbare Erfolge?

Nachweisbar ist, daß dieses Kollektiv seinen Plan trotz der weitreichenden Umstellungen erfüllt hat, daß Verdienst und Wissen gestiegen sind, daß das Gefühl des Miteinander und Füreinander ihr Handeln bestimmte.

Nachweisbar ist auch, daß hier jener Ausspruch seine

erneute Bestätigung fand: Was gut ist für mich, ist gut für meinen Betrieb, ist gut für die Gesellschaftsordnung, in der ich lebe.

Da steht eine gläserne Wand, darauf ein Bild: Die erste funktionstüchtige Diode – ein elektronisches Bauelement für Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung –, darunter das Datum jenes historischen Tages: 28. März 1966, und die Frauen und Männer, die den ersten Halbleiter – die Germaniumdiode GAZ 17 a – im Funkwerk Erfurt aus der Taufe hoben. Wohlgemerkt, in einem traditionell jahrzehntelang auf Röhrenfertigung geeichten Betrieb.

Hinter der Fensterwand strahlt das Reich der Chemie. Man glaubt nicht, in einer Produktionsstätte zu sein. Alles weiß wie in einem Labor. Pinzetten greifen die salzkörnchengroßen Zinnblättchen, die von geschickten Frauenhänden gewissenhaft in die Glaskörper, die nicht größer als drei bis vier mittlere Stecknadelköpfe sind, gefüllt werden. Wenn der 42jährige Leiter für die neue Diodenfertigung an den Anfang denkt, klingen ihm jene skeptischen Stimmen im Ohr, die da meinten: „Im Röhrenbau sind wir Füchse, die Halbleiter brechen uns das Genick! Nehmt euch nicht zuviel vor, das fällt euch auf die Füße." Aber er kniete sich förmlich in die neue Aufgabe hinein, baute mit Mitarbeitern ein Kollektiv auf, das von Woche zu Woche wächst.

Dioden, auch die Zukunft genannt, braucht unsere Datenverarbeitungsindustrie wie die Blume das Licht. In Sömmerda rechnet man auf die Funkwerker. Noch steckt die Fertigung in den Kinderschuhen, steht die Großproduktion bevor. 4000 Einschmelzungen sind das Tagesergebnis in der Versuchsfertigung. Doch eine halbe Million von diesen „chemischen Stecknadeln" sollen 1966 noch kommen. Und 1967 das Zigfache. Aber das ist für den Leiter und sein Kollektiv kein Schreckgespenst. Man versteht, mit Zahlen nüchtern umzugehen, Vorschläge und Ideen in ökonomischen Nutzen für das Werk umzumünzen. Erst kürzlich lösten zwei Neuerervorschläge einer 25jährigen Chemikerin und Brigadeleiterin bei manchem Experten Staunen, ja Bewunderung aus. Das Geheimnis einer klugen Leitungstätigkeit stand dabei Pate: Man muß den Menschen sich entfalten lassen und ihn zur Entfaltung bringen!

Eigentlich ist es müßig zu fragen: Wem nützt diese Politik, die der einzelne an seinem Arbeitsplatz und über ihn hinaus betreibt? Eigentlich ist es müßig, den Maßstab anzulegen, ob sie gut oder schlecht ist. Denn die Beispiele sprechen für sich. Sie sprechen aber auch dafür, daß Politik, und nicht zuwenig, in der Produktion gemacht wird.

Fragen wir dennoch: Ist der Arbeiter, der Meister, der Ingenieur, der Chemiker dadurch unfrei geworden? Wurde seine persönliche Freiheit eingeschränkt, weil er sich dafür interessiert, was sein Betrieb und wie er produziert; weil er sich Gedanken macht, was besser zu machen wäre? Weil er für seinen Betrieb rechnet, sich überlegt, „aus dem Pfennig die Mark" zu gewinnen?

Wer wollte es leugnen, daß das objektive Interesse der Bürger unserer Republik darin besteht, einen hohen Zuwachs an Nationaleinkommen zu schaffen? Es ist nun einmal die reale Basis für die Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen, für eine zusätzliche Erweiterung der Produktionsbedingungen, für die weitere politische und ökonomische Stärkung unseres Staates. Es ist die Grundlage dafür, den Sozialismus, die freie Ordnung des Friedens und der Menschlichkeit zu vollenden.

Tausende Kollektive gehen heute den Weg der sozialistischen Rationalisierung, überlegen, wie aus dem gemeinsamen Besitz für die Gesellschaft und für den einzelnen der größte Vorteil erreicht, der Reichtum des ganzen Volkes ständig vermehrt werden kann. Tausende Kollektive wetteifern darin, die vorhandenen Betriebe, Anlagen und Maschinen besser auszunutzen, sie auf der Basis der fortgeschrittensten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik weiter zu vervollkommnen, zu modernisieren.

Und so gesehen, wollen sie das Verhältnis von Aufwand und Nutzen nicht nur als ökonomische Kategorie verstanden wissen, sondern als politische Verpflichtung gegenüber ihrem Staat. Ihn als anziehendes Vorbild der vaterlandstreuen Deutschen, als sichere Bastion des Friedens und des Fortschritts weiter zu festigen, läßt sie Schöpferkraft und Tatendrang in den Dienst einer guten Sache stellen.

Auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse vollzieht sich bei uns eine großartige geistige Um-

wandlung des Volkes. Es gilt der Spruch: „Denken ist die erste Bürgerpflicht!" Und das Denken führt zum Vorwärtsschreiten von Millionen, die in unserem Staat mitarbeiten, mitplanen und mitregieren.

Einige Zahlen mögen das verdeutlichen:

Die DDR zählt unter ihren erwachsenen Einwohnern 7 657 000 Werktätige. In unserer obersten Volksvertretung sitzen 500 gewählte Abgeordnete aus der Mitte des Volkes. Das ist, verglichen mit der Bevölkerung, mehr als die dreifache Zahl von Mandaten gegenüber dem westdeutschen Bundestag. Wir haben 204 000 Bürger im Herbst 1965 in die örtlichen Volksvertretungen delegiert. In deren Kommissionen und Aktivs arbeiten etwa 650 000 Bürger mit, um jede Beschlußvorlage mit Sachkenntnis und im engsten Kontakt mit der Bevölkerung vorzubereiten und zu verwirklichen. 300 000 Bürger helfen in den Ausschüssen und Arbeitsgemeinschaften der Nationalen Front in den Städten und Dörfern. 433 000 Werktätige sorgen in den Ständigen Produktionsberatungen der volkseigenen Betriebe, daß das Mitbestimmungsrecht des Volkes zum Nutzen des einzelnen und der Gesellschaft zur Geltung kommt. 120 000 Arbeiter und Angestellte wachen in den Konfliktkommissionen über die Einhaltung der Normen des Zusammenlebens. 154 000 Bürger sind in den Elternbeiräten der Schulen an der Gestaltung eines fortschrittlichen Unterrichts- und Erziehungswesens beteiligt. 136 700 Werktätige und Hausfrauen helfen in den Verkaufsstellenausschüssen des Handels bei der Planung und Lenkung unserer Versorgung. Die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion hat für ihre umfassenden Kontrollbefugnisse mehr als 106 000 Mitarbeiter und ehrenamtliche Helfer gewonnen. 48 000 Bürger sind gewählte Schöffen unserer demokratischen Justiz. 17 000 Zeitungsleser wirken zugleich als Korrespondenten an der Gestaltung des Inhaltes unserer Presse mit. Es ließen sich noch viele Zahlen anführen. Was beweisen sie? Millionen Bürger beteiligen sich in den verschiedenen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens an der Leitung des Staates und seiner Institutionen, machen auf diese Weise effektvolle Volkspolitik.

Dabei sei nicht vergessen, daß es außer diesen ständigen, organisierten Formen des Mitregierens noch sehr viel brei-

tere Formen der zeitweiligen Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Staatsführung gibt. Zum Beispiel waren 30 000 Wissenschaftler, Praktiker und Funktionäre an der Ausarbeitung unseres Perspektivplanes für die volkswirtschaftliche Entwicklung bis 1970 beteiligt. Unser Gesetzbuch der Arbeit wurde als Entwurf von sieben Millionen Menschen beraten. Im Sommer 1965 unterbreitete unser Ministerium für Justiz der Öffentlichkeit den Entwurf eines neuen Familiengesetzes. In 34 000 Veranstaltungen und Aussprachen über diesen Entwurf brachten mehr als eine dreiviertel Million Bürger 23 700 Abänderungs- und Ergänzungsvorschläge ein. Alle unsere Gesetze, vom Gesetz zum Schutze des Friedens über das Gesetzbuch der Arbeit und das Jugendförderungsgesetz bis hin zum jüngsten Familiengesetz, sind der verkündete Wille des Volkes.

Die Schlußfolgerung:

Die Gesetze machen diejenigen, die die Macht im Staate haben. Deshalb gibt in Westdeutschland der Industriellenverband jährlich drei Dutzend Vorlagen an den Bundestag, die respektiert werden.

Deshalb unterbreiten in der DDR Millionen Werktätige ihre Vorschläge, die respektiert werden.

Die Macht im Staate haben jeweils diejenigen Kräfte der Gesellschaft, die auch die Schlüsselstellungen in der Wirtschaft innehaben. Deshalb ist Westdeutschland in Charakter und Geist der imperialistische Staat der Monopole. Deshalb ist die DDR in Charakter und Geist der Staat der Arbeiter und Bauern.

Wer über die wirtschaftliche und politische Macht verfügt, der weiß sich sein Leben einzurichten und eine glückliche Zukunft zu sichern. In Westdeutschland gilt das auf Grund der Klassenspaltung der Gesellschaft für eine privilegierte Schicht von Multimillionären, die zwar zur Beschwichtigung der Massen von dem gewaltigen Reichtum des gesellschaftlichen Produktionserlöses gewisse Beträge unter dem Druck der Gewerkschaften als Lohnerhöhungen bewilligen, aber immer noch ein Vielfaches davon für sich behalten, verzinsen, verprassen, für die Ausdehnung ihrer Macht, für eine volksfeindliche Innen- und Außenpolitik mißbrauchen.

In der DDR sind die Klassenschranken niedergerissen, sind alle schaffenden Menschen direkt und indirekt an dem erarbeiteten Reichtum beteiligt, leistet jeder seinen Beitrag für eine glückliche Zukunft der sozialistischen Menschengemeinschaft.

So einfach ist das, wenn man um die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung weiß, wenn die Politik zur Sache des Volkes wird und das Volk zum Souverän seiner Geschicke.

Heute liest die Welt in unseren Planbilanzen, wie richtig wir handeln und handelten. Gewiß, es gibt Probleme, aber das sind nicht Schwierigkeiten des Rückgangs, der Bedrängnis, der Ratlosigkeit, sondern des Wissens, Wollens und Wachsens. Doch um das zu begreifen, muß man Politik begreifen, und dieses „Begreifen" meine ich wörtlich: man muß zu ihr greifen, sie betrachten und erfassen, sich damit befassen!

Wer das nicht tut, tut es dennoch, unabhängig vom eigenen Wollen, wie wir gleich sehen werden.

Nichts Lebendes kommt um Politik herum"

Wer einer guten Politik seine Hilfe versagt, schadet der guten Politik und sich selbst. Wer einer schlechten Politik nicht entgegentritt, fördert die schlechte Politik und schadet damit sich selbst. Mögen alle Menschen erkennen, daß es nicht um die Frage geht: Rein in die Politik oder raus aus der Politik, sondern daß die Frage lautet: *Welcher Politik kann und muß ich mich zuwenden?*

Thomas Mann schrieb 1945 in einem Brief an Hermann Hesse: *„Ich glaube, nichts Lebendes kommt heute ums Politische herum. Die Weigerung ist auch Politik; man treibt damit die Politik der bösen Sache."*

So ist es: Nichts Lebendes kommt heute ums Politische herum.

Wollte es einer versuchen, ginge es ihm so: Er dürfte keine Zeitung lesen, denn alle Zeitungen sind die Sprachrohre politischer oder sozialer Gruppen und verbreiten durch das, was sie bringen oder weglassen, was sie auf die erste

oder auf die letzte Seite setzen, politische Meinungen. Es gibt da in den beiden Welten unserer Erde nur einen Unterschied: Die demokratische Presse bekennt sich zu ihrer Parteilichkeit für die Volksinteressen. Die kapitalistische Presse hingegen versteckt ihre Parteilichkeit hinter der Kopfzeile „Überparteilich, unabhängig", während sie im Grunde mit jeder Zeile die volksfeindlichen Interessen einer so kleinen Minderheit vertritt, daß sie sich nicht einmal öffentlich zu ihr zu bekennen wagt.

Der „Unpolitische" dürfte auch kein Radio hören oder Fernsehen anschauen, denn alle Sendestationen der Welt haben für ihren kostspieligen Betrieb entweder den Staat oder politische und wirtschaftliche Interessenverbände als Geld- und Auftraggeber hinter sich. Damit aber wird jedes Programm zu einem Teil des politischen Programmes dieser Kräfte. Es bleibt nur die Frage: „Wem nützt es?" Die Sender unseres Demokratischen Rundfunks bringen Arbeiterkommentare und machen Friedenspolitik. Die Sender der Bundesrepublik bringen Börsennachrichten und gestalten selbst die tägliche Wetterkarte im Westfernsehen zu einer Kriegserklärung an die osteuropäischen Staaten des Sozialismus, indem sie die Grenzen des Nazireiches als Grenzen Deutschlands zeigen.

Der „Unpolitische" dürfte auch nicht ins Kino gehen, denn die Masse aller Filme schöpft aus dem früheren oder gegenwärtigen Leben. Dieses Leben aber war und ist durchblutet von Klassenkämpfen, vom politischen Ringen der verschiedenen sozialen Gruppen, und jeder positive oder negative Held auf der Leinwand repräsentiert in Text und Handlung eine solche Gruppe oder Klasse. Die Kamera zeigt stets das, was das Auge des Regisseurs sehen will. Und dieser Regisseur hat nicht nur Geld- und Auftraggeber, denen er verpflichtet ist, er hat auch eine eigene Haltung, die er über sein Werk in sein Publikum trägt. Bleibt nur die Frage, wessen Sache er vertritt.

Der „Unpolitische" dürfte aber auch nicht mit seinen Kollegen über Lohn und Arbeit diskutieren, denn beides hängt mit der Wirtschaftspolitik der Firma oder des Staates zusammen. Solchen Fragen auf den Grund zu gehen, heißt, politisch Stellung zu nehmen.

Natürlich dürfte er sich auch an keiner Wahl beteiligen, denn wo immer und wie immer gewählt wird: Es geht stets um die Wahl eines politischen Programmes und seiner politischen Verfechter.

Aber mehr noch: Wer ums Politische herum will, der dürfte auch nicht arbeiten gehen, denn Arbeit schafft Werte, Werte summieren sich zu Macht, und Macht bestimmt oder beeinflußt jede Politik. Man kann es also drehen und wenden wie man will: Nichts Lebendes kommt heute ums Politische herum.

Und wie heißt es weiter bei Thomas Mann? „Die Weigerung ist auch Politik, man betreibt damit die Politik der bösen Sache."

Die Politik der westdeutschen Bundesrepublik ist die Politik der bösesten Sache in Europa; denn der Bonner Staat ist der einzige Staat Europas, der offiziell Anspruch auf die Territorien fremder Staaten erhebt.

Die Bonner Machthaber fordern immer dringender Verfügungsgewalt und Besitz der Atomwaffen, nicht weil sie bedroht sind – niemand will ihre Grenzen antasten –, sondern um ihrer Annexionspolitik Nachdruck zu verleihen.

In Regierung und Parlament, Staatsapparat und Justiz, Armee und Schulwesen der westdeutschen Bundesrepublik sind die meisten schwerbelasteten Kriegs- und Naziverbrecher etabliert, die in ihrem chauvinistischen, sozialistenfeindlichen Ungeist Schüler und Rekruten erziehen. Auch dadurch wird dieser Staat zum Hauptgefahrenherd für den Frieden Europas.

Der Direktor der „Akademie für politische Bildung" im bayrischen Tutzing, Prof. Dr. Messerschmid, erklärte 1959: „Ich wage zu behaupten, daß es in der Bundesrepublik nahezu 80 Prozent politische Analphabeten gibt." Jahr um Jahr wird von westdeutschen Instituten für Meinungsforschung nachgewiesen, daß die erdrückende Mehrzahl der westdeutschen Bevölkerung nichts von den Grundfragen des politischen Lebens in ihrem Staat weiß.

Die Wahlkampfmanager der Bonner Parteien haben im Herbst 1965 nachgerechnet, daß 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung an den verschiedenen Wahlveranstaltungen nicht teilgenommen haben.

Dutzende von Politologen und Sozialwissenschaftlern werden zitiert und honoriert, die „wissenschaftlich" nachweisen, daß es für „Wohlstandsbürger" in einer „Gesellschaft der sozialen Partnerschaft" weder nötig noch schicklich ist, sich mit Politik zu befassen.

Aber woher rührt nun das politische Desinteresse? Besteht nicht ein direkter Zusammenhang zwischen dem abenteuerlichen Kriegskurs der Bonner Atompolitiker und der politischen Enthaltsamkeit und Sorglosigkeit so großer Teile der westdeutschen Bevölkerung? Könnte Bonn auch nur einen Tag so weiter regieren, wenn das Volk begreifen oder wenn ihm begreiflich gemacht würde, wo das herrührt und wo das hinführt?

Man kann das Desinteresse an einer Sache genauso erzeugen und steuern wie das Interesse. Kaum ein Bundesbürger wäre zum Beispiel „von Natur aus" daran interessiert, mit wem Exkaiserin Soraya ihren Urlaub verbringt, daß der Eislaufstar Hans-Jürgen Bäumler Liebeskummer oder welche Brust- und Hüftweite jener Filmstar hat. Aber weil Massenblätter wie die „Bild"-Zeitung und die Illustrierten tage-, wochen- und monatelang die Seiten damit füllen und Millionen Leser damit füttern, wird ein Interesse an diesen Lappalien gezüchtet. Zugleich wird jedoch in den Hirnen der Leser ein politisches Vakuum erzeugt, in das Springer dann mit sehr knappen, sehr deutlichen, sehr gezielten Meldungen und Kommentaren eindringt. Die „Bild"-Zeitung hält nicht nur die Rekorde in der Vermittlung von Klatsch und Mord, Sittlichkeits- und anderen Skandalen und Nichtigkeiten, sie hält vor allem auch die Rekorde in Schlagzeilen, die wörtlich der Nazipresse entnommen sein könnten. Bei Springer triumphiert der Antikommunismus. Bei ihm sind Kommunisten, Asiaten und Dunkelhäutige von vornherein eine Art Untermensch. Da Springer Entspannungstendenzen in Deutschland und in der Welt nicht gefallen, stellt er die Gebläse seiner Massenblätter auf Frost und publiziert und produziert den kalten Krieg. So erfand er eigens „ostzonale Truppenansammlungen an der Westgrenze", um die Notstandsdebatte der Bonner Ultras im Bundestag zu unterstützen.

Und wenn solcher Art die meistgelesenen Zeitungen West-

deutschlands Tag für Tag und Jahr um Jahr die Hirne ihrer Leser vernebeln, dann wird eben jener Typ von Staatsbürger geprägt, der in seiner Unwissenheit und Ratlosigkeit leicht zu führen und zu verführen ist.

Auch die „Unpolitischen" machen Politik

So kommt es, daß im Bonner Staat die „Unpolitischen" unbewußt die Politik des Krieges unterstützen. Das deutsche Volk hat aber in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zuviel Schuld auf sich geladen und selber zuviel blutige Erfahrungen sammeln müssen, als daß irgend jemand die Verhaltensweise so vieler Deutscher der 30er Jahre nachahmen darf, die nachher beteuerten, keine Ahnung von Hitlers Plänen und Grausamkeiten gehabt zu haben. Freilich, je intensiver Hitler den zweiten Weltkrieg vorbereitet hat, um so öfter sprach er vom Frieden. Je detaillierter er seine Überfallpläne in den Generalstäben ausarbeiten ließ, um so häufiger verbreitete er die Lügen über angebliche Aggressionsabsichten der Nachbarstaaten. Je volksfeindlicher sein politischer Kurs wurde, um so brutaler und geschickter versuchte er, die Volkskräfte auszuschalten und abzulenken.

In Westdeutschland ist man bei dieser Praxis geblieben. Die KPD ist seit langem verboten. Den Gewerkschaften sollen die Handfesseln eines „Organisationsgesetzes" angelegt werden. Das Damoklesschwert der Notstandsdiktatur hängt über der ganzen westdeutschen Gesellschaft. Die wichtigsten Organe der öffentlichen Meinung liegen in den Händen regierungstreuer Monopole und Interessengruppen. Die Außenpolitik ist eine geheime Verschlußsache, fernab vom Einblick und Einfluß des Volkes. Und die Wirtschaft verwahrt sich unter dem Schutz der Regierung gegen jede Form der Mitbestimmung der Arbeiter, um weiterhin, wie unter Hitler, durch die Rüstungsmonopole das Geschäft mit dem Tode zu betreiben.

Kurt Pritzkoleit, ein Kenner der westdeutschen Spielregeln, schrieb in seinem Buch „Die neuen Herren" (1955): „Wir ahnen mit Unbehagen, daß hinter dem politischen,

wirtschaftlichen und kulturellen Betrieb, der uns die Gesetze des Handelns diktiert, mehr steckt, als wir täglich zu sehen, zu hören, zu lesen bekommen. Wir wissen, daß unsere Parlamentarier ihre Reden zum Fenster hinaushalten ... daß alles schon längst beschlossen ist, ehe die Öffentlichkeit zum Zeugen der parlamentarischen Auseinandersetzung gemacht wird."

Dieser Mechanismus der politischen Macht ist auch wirklich nicht leicht zu durchschauen. Der Bonner Staatsapparat, die Vorstände und Aufsichtsräte der großen Monopole sind nach jahrelanger Zusammenarbeit inzwischen eine Ehe eingegangen. Sie sitzen unter einem Dach. Sie wirtschaften so gut wie aus einer Kasse. Was einer der beiden vor hat, bespricht er mit dem anderen.

Der Mann auf der Straße sieht Zehntausende Firmenschilder. Aber weiß er auch, daß allein der Siemenskonzern 30 000 Klein- und Mittelbetriebe mit festen Kooperationsverträgen in Abhängigkeit hält? Daß es beim Krupp-Konzern etwa 21 000 solcher Betriebe sind? Daß Daimler-Benz vom Flick-Konzern 18 000 solcher Zulieferbetriebe an der Strippe hat?

Der Mann auf der Straße sieht die Verwaltungspaläste der vielen Aktiengesellschaften. Aber weiß er auch, daß über 200 solcher Gesellschaften allein zum IG-Farben-Trust gehören? Daß der Flick-Konzern mehr als 100 Gesellschaften umfaßt und der Thyssen-Konzern ebenfalls etwa 100?

Der Mann auf der Straße sieht die vielfarbigen Zeitungen und Illustrierten am Kiosk, aber weiß er auch, daß allein der Springer-Konzern 48 Prozent der vielgelesenen Programmzeitschriften, 39 Prozent der Gesamtauflage aller westdeutschen Tageszeitungen und 81,5 Prozent der überregionalen Blätter diktiert?

Der Mann auf der Straße sieht die Messingschilder vieler Banken. Aber weiß er auch, daß in den Händen dreier Bankkonzerne (Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG) 56 Prozent aller von den westdeutschen Banken besetzten Aufsichtsratsposten der Monopole liegen? Und daß der Chef der Deutschen Bank, der von den USA auf die Kriegsverbrecherliste gesetzte Abs, heute in seinen

Händen die Aktienmajorität der wichtigsten westdeutschen Konzerne hält?

Der Mann auf der Straße liest in der Zeitung von den vielen Interessenverbänden der Unternehmer und Branchen. Aber weiß er auch, daß zum Beispiel im „Bundesverband der deutschen Industrie“ 38 Spitzenverbände mit mehr als 7000 Branchenorganisationen vereinigt sind? Diese Dachorganisation der Industriellen erteilt mit vielen hundert Eingaben und Spenden ihre Befehle an Regierung, Parlament und Presse. Und was die Hochfinanz und Großindustrie sagt, denkt und wünscht, spiegelt sich meist wörtlich in den Gesetzen, Beschlüssen und Presseartikeln wider. In diesem engmaschigen Netz sind alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Westdeutschland eingefangen. Und um sicher zu gehen, soll das ganze noch mit Notstandsparagraphen eingezäunt werden.

Das Volk als Gestalter seines Schicksals

Hunderte Regierungen haben im vergangenen Jahrtausend unser Volk regiert. Viele Geschlechter von Kaisern, Königen und anderen Fürsten und später ungekrönten Monarchen des Geldes, wie sie auch immer hießen, woher sie kamen und wohin sie gingen – stets waren sie die Potentaten einer Minderheit, die alle Macht im Staate hatte. Stets blieb es der alte bittere Wein, der sich zuweilen in neuen Schläuchen präsentierte. Immer löste eine Ausbeuterherrschaft die andere ab. Die neuen Regierungen setzten lediglich die alte Politik mit veränderten Methoden fort. Wenn die Unterdrückten so nicht mehr weiterleben wollten und die Unterdrücker mit den alten Methoden nicht mehr weiterregieren konnten, wurde die Empörung der Massen mit anderen Mitteln durch wechselnde Namen und Gesichter aufgefangen, um auf Umwegen oder auch direkt wieder das alte Ziel zu erreichen: Erhaltung und Festigung der Ausbeuterherrschaft im Interesse der mächtigen Minderheit bis hin zum blutigen Eroberungskrieg.

Angesichts dieser Zustände ist es geradezu Volkspflicht, die Politik nicht als Reservat den Reichen und ihren Par-

lamentariern und Ministern zu überlassen, sondern sich selber politisch zu informieren und politisch aktiv zu werden. Millionen versuchen es bereits. So wächst die Front der Atomkriegsgegner. So verbreitet sich die Opposition unter den Intellektuellen. So sind Millionen Gewerkschafter zum Kampf um die Mitbestimmung angetreten. So stehen unzählbare Scharen Westdeutscher den Notstandsgesetzentwürfen mit tiefem Mißtrauen gegenüber. So wächst unter der Jugend der Kampf um eine friedliche Zukunft. Und zwischen diesen Fronten ist jedermann verpflichtet, Partei zu ergreifen. Und wer nicht will, daß er der Politik der bösen Sache dient, der darf auch nicht politisch abstinent sein, sondern muß sich an der Politik der guten Sache beteiligen.

Wer weigert sich eigentlich? Das sind doch nicht nur Menschen, die es bequemer finden, keine politischen Bindungen und Verpflichtungen einzugehen. Das sind auch viele, die die Politik für zu kompliziert halten, die meinen, zu wenig Kenntnisse und Erfahrungen zu haben. Und das sind nicht zuletzt jene Menschen, die sich schon einmal politisch engagierten, später jedoch entdeckten, daß sie sich einer schlechten Sache verschrieben hatten, oder die in anderer Weise enttäuscht wurden, so daß sie nun sagen: „Von Politik habe ich die Nase voll!"

Nun, jenen, die es ohne politische Interessen und Bindungen bequemer finden, wäre zu sagen, daß eine solche Denk- und Lebensweise die Politik des Bösen unterstützt. Sie zu verhindern, kann aber nicht das Werk von einzelnen Politikern sein. Der Friede ist so stark, wie die Zahl der Menschen und Völker, die sich für ihn einsetzen. Wer also nicht zu jenen Charakteren gehört, die sich trällernd auf einen Wagen setzen, egal, wohin er fährt, der sollte auch seine Hand an die Deichsel der Politik legen, damit die Politik des Friedens und des Volkswohls sich durchsetzt.

Jenen, die da meinen, nicht genug Wissen und Erfahrung darin zu haben, sei gesagt: Auch die größten Weltveränderer wurden nicht als Politiker geboren. Sie waren Schulkinder wie andere auch. Sie gingen in die Lehre wie andere auch. Manche begannen aber in Schule und Lehre bereits darüber nachzudenken, warum es Häuser mit zwei

Eingängen gab, für Herrschaften und für Dienstboten, und warum der Warenhauskonzern den Lebensmittelladen an der Ecke kaputt machen kann, und warum manche, die sonntags beten „du sollst nicht töten", am Wochentag bewaffnete Polizei gegen streikende Arbeiter vorschicken.

Doch sie blieben nicht bei der Frage. Sie suchten Antwort. Und sie bekannten sich zu dem, was sie als richtig erkannt hatten. Sie sagten es laut und verbanden sich mit Gleichgesinnten. Und sie spürten, daß die Einigkeit der Volkskräfte stärker ist als jede Verschwörung der Volksfeinde. Und sie lehren seitdem das Volk, seinen Weg zu erkennen und gehen ihm voran. Alles, was diese Menschen heute wissen und können, lernten sie. Und hätten sie nicht irgendwann damit begonnen, wären sie noch heute keine Politiker, die man achtet, denen man vertraut und denen man dankt für ihren Einsatz, der in unserem Staat immer der gemeinsamen Sache gilt.

Politik ist also keine Erfindung der Kommunisten, kein Beruf der Neuzeit, keine Berufung. *Die Politik ist so alt wie die menschliche Gesellschaft,* seitdem sie aus der Urgemeinschaft heraustrat und sich die ersten Formen der Klassenspaltung bildeten.

Aus der Erfahrung heraus, daß Politik immer die Doppelform des Kampfes gegen das Volk und des Kampfes der Mächtigen untereinander annahm, kamen viele und nicht die schlechtesten Menschen zu der Meinung: Politik verdirbt den Charakter.

Aber nur *die* Politik ist charakterlos, die der Befriedigung der materiellen und Machtgelüste von Minoritäten und von Personen auf Kosten der Allgemeinheit dient. Der englische Philosoph und Nobelpreisträger Bertrand Russell umriß vor einigen Jahrzehnten die kapitalistische Politik mit dem lapidaren Wort: „Politik heißt, Geld von den Reichen und Stimmen von den Armen zu nehmen." In der Tat betrachten die Politiker des Kapitalismus die Politik als den für sie kürzesten Weg entweder zu Reichtum oder zum Ruhm oder zu beiden.

Dieser Politik muß sich eine andere Politik entgegenstellen, die das materielle und geistige Wohl des Volkes und den Frieden sichert. Zu einer solchen Politik gehört Mut

und sachliches Wissen, revolutionäre Leidenschaft und Charakterstärke, die persönliches Gewinn- und Prestigestreben hinter das Allgemeinwohl stellt. Es mangelt nicht an Vorbildern: die römischen Gracchen, die Bauernführer der beginnenden Neuzeit in Deutschland, England, Frankreich, Rußland, die jakobinischen Revolutionäre, Marx, Engels und Lenin, Luxemburg und Liebknecht, hervorragende Männer und Frauen der sozialistischen Staaten, der kommunistischen Parteien und der jungen nationalrevolutionären Bewegungen und Staaten unseres Jahrhunderts. Sie treiben in selbstaufopfernder Uneigennützigkeit eine Politik, die von der Reinheit ihres eigenen Charakters zeugt und eine Gesellschaft erstrebt und herbeiführt, die durch die Verbannung von Ausbeutung und Krieg und durch Gemeinschaftsarbeit für die gemeinsame materielle und ideelle Höherentwicklung aller gekennzeichnet, die hellen und schönen Seiten des menschlichen Charakterbildes hervortreten läßt. Diese Politik verdirbt nicht, sie veredelt den Charakter, weil sie die Sicherung des Daseins und die Erfüllung des Lebensglücks für alle will.

Und damit ist auch schon das Urteil über die hier und da geäußerte Auffassung gefällt, die da meint, Politik führe zum Kriege. Natürlich gibt es eine bestimmte Art von Politik, deren Resultat und oft sogar Zweck der Invasions- und Raubkrieg ist. Aber wir wissen, meist sogar aus eigener bitterer Erfahrung, daß Kriege in überlebten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ihren Ursprung haben. Das Geheimnis der Ursachen von Kriegen ist heute erkannt und der Nebel durchstoßen, mit dem seine unmittelbare Vorbereitung umgeben ist. Man muß entgegen der Auffassung, daß Politik zum Kriege führt, unterstreichen, daß gerade die politische Aktion der friedliebenden Massen ein entscheidender Friedensfaktor von unermeßlicher Bedeutung ist, und daß in unserer Zeit der Unpolitische, ob er es will oder nicht, den Frieden gefährdet, weil seine Passivität die Kriegstreiber stärkt.

Fassen wir zusammen:

Marx und Engels deckten die wichtigsten Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft auf und wiesen nach, daß die Klassenspaltung der Gesellschaft ihre Ursache nicht

in der Natur der Menschen, sondern in der Verwandlung der Produktionsmittel in Privateigentum hat. Daß die einen reich und die anderen arm sind, liegt nicht daran, daß die ersteren über mehr Fähigkeiten als die letzteren verfügen. Den schlagenden Gegenbeweis (den Marx und Engels nur theoretisch führen konnten) bieten die im 20. Jahrhundert entstandenen sozialistischen Länder, in denen die Armen von ehemals das Staatsruder ergriffen, mit hervorragendem Geschick und Fleiß das Allgemeinwohl der Völker bewirken und eine Dauerkonjunktur herbeiführen, die nicht, wie die zeitweiligen Wirtschaftsaufschwünge des imperialistischen Kapitalismus, auf Rüstung und Krieg, sondern gerade auf der sozialistischen Friedenswirtschaft beruht.

Die Politik der imperialistischen Ära wird charakterisiert durch die blutige Niederhaltung und Ausbeutung ganzer Völker, den kalten und offenen Krieg gegen die Staaten des Sozialismus, den permanenten Kampf gegen das „eigene" schaffende Volk, das um die Früchte seiner Arbeit und die demokratische Selbstbestimmung seines Schicksals betrogen wird, das Konkurrenzringen der Mächtigen untereinander um die Vorherrschaft, das letzten Endes auch auf dem Rücken der Völker ausgetragen wird.

Ganz im Gegensatz dazu führt die sozialistische Politik nach dem Sieg der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten *zur Aufhebung des Kampfes aller gegen alle,* zur Überführung des Eigentums an den Produktionsmitteln in die Hände des Volkes, zur Gleichberechtigung und Teilnahme aller Bürger an den Angelegenheiten der Gesellschaft, an der Verwaltung des Staates, zur Entwicklung neuartiger zwischenmenschlicher Beziehungen der gegenseitigen Hilfe. Dadurch wird eine neue Ära eröffnet, die gleichzeitig mit der Zertrümmerung des kapitalistischen Bildungsmonopols jeden mit Wissen und Kultur bereichert, ihm die Güter des materiellen Wohlstandes beschert und an die Stelle des Klassenkrieges die Gemeinschaft des Volkes und an die Stelle des internationalen Krieges die Völkereintracht setzt.
Im Kapitalismus wird mit mir Politik gemacht.
Im Sozialismus mache ich Politik.
In jener Gesellschaftsordnung bin ich Objekt,
in dieser aber Subjekt der Politik.

Wird mit mir Politik gemacht, dann überlasse ich mein Schicksal anderen, eben jenen, die daran interessiert sind, daß ich keine Politik betreibe, damit sie machen können, was sie wollen. So hielten es in früheren Jahrhunderten und bis an die Grenze unserer sozialistischen Zeit die Junker, die „ihre“ Bauern kaum besser als sprechendes Vieh behandelten, sie nichts lernen ließen außer dem ABC, dem Einmaleins und der Bibel, um sich auf diese Weise willfährige Elemente zu erhalten, die im Frieden für den Großgrundbesitzer arbeiteten und im Krieg das Blut für ihn vergossen. So hielten und halten es die Großindustriellen und Bankiers, die im Arbeiter das Gefühl seines Unterworfenseins, seiner politischen Schwäche, seiner Unfähigkeit zu ökonomischer Leitungstätigkeit, die Gedanken der Gott- und Schicksalsgewolltheit seiner sozialen Abhängigkeit konservieren oder ihn überhaupt in den Sumpf der Gedankenlosigkeit, auf jeden Fall des Sich-ruhig-Verhaltens zerren; denn das ist die Voraussetzung für die Verewigung der Ausbeutungs- und Kriegspolitik.

Mache ich, macht das Volk Politik, dann ziehen die Ausbeuter und Interessenten an Kriegen den kürzeren. Dank der marxistisch-leninistischen Lehre wissen die Arbeiter und Bauern und alle anderen Werktätigen theoretisch Bescheid und greifen praktisch in den Lauf der Dinge ein. Als Feind aller Ausbeutung im Innern und der Kriege, die das Regime der Ausbeutung über andere Völker ausdehnen, betreiben die Sozialisten die Politik des lebens- und werteerhaltenden Friedens.

So hält die Politik einen jeden fest, und es erhebt sich gar nicht die Frage, *ob*, sondern *welche* Politik getrieben werden soll. An der Volkspolitik muß sich jeder beteiligen. Sie ist so lebensnötig wie das tägliche Brot und der Frieden. Ja sie ist Voraussetzung für jenes und Bedingung für diesen.